

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Sie lesen auf Seite 509
Walther Liese
Erziehung, Wissen, Bildung

PIETRO QUARONI

Europas Verantwortung gegenüber den Entwicklungsländern

Dieser Betrachtung liegt der Text einer Rede zugrunde, die am 30. Juni 1959 vor Vertretern der Wirtschaft in Düsseldorf gehalten wurde.

Die Genfer Konferenz, ihre Vorbereitungen und ihre möglichen Folgen, kurz alles, was man die Berlin-Krise nennt, hat die Frage der Entwicklungsländer ein wenig in den Hintergrund gerückt. Aber sie bleibt immer eine brennende Frage, wahrscheinlich die schwierigste, vor die der Westen, und Europa im besonderen gestellt ist.

In den ersten Jahren der russischen Revolution glaubten die Russen, und auch Lenin, daß der Westen und besonders Deutschland dieser Revolution rasch folgen würden. Das war sozusagen die Epoche des revolutionären frontalen Angriffs gegen den Kapitalismus. Als sie sich jedoch überzeugten, daß dieser Frontal-Angriff nicht gelingen konnte, haben sie sich zur Strategie des indirekten Angriffs bekehrt. Die Grundlage dieser Politik ist folgende. Die Prosperität des Westens, diese Prosperität, die ihm die Möglichkeit gegeben hat, den Arbeitern einen Lebensstandard von kleinbürgerlichem Niveau zu geben, durch welchen dem westlichen Proletariat seine Revolutionsfähigkeit genommen wurde, ist nach Ansicht der Kommunisten auf die Ausbeutung der kolonialen Welt zurückzuführen. Wenn es nun den Kommunisten gelänge, der westlichen Welt die Ausbeutungsmöglichkeit der Kolonialwelt zu entziehen, dann würde das angeblich eine enorme ökonomische Krise verursachen, eine neue Pauperisation der Massen, die die revolutionären Kräfte des westlichen Proletariats noch einmal entfachen kann. Daher die berühmte Äußerung Lenins, der Weg von Moskau nach Paris gehe über Peking und Kalkutta.

Faktisch würde das bedeuten, daß, sollte es den Russen gelingen, die großen unentwickelten Länder, das heißt Asien diesseits des Eisernen Vorhangs, Afrika und den größten Teil von Lateinamerika unter ihre Kontrolle zu bringen, die ökonomische und politische Situation der westlichen Welt der Lage einer belagerten Stadt sehr ähnlich sein würde; die nicht mehr auf irgendeine Ersatzarmee hoffen könnte.

Diesen strategischen Plan der Russen sehen wir in voller Entwicklung vor uns.

Jetzt ist, wie gesagt, unsere Aufmerksamkeit auf die europäische Frontlinie gerichtet. Es ist ohne Zweifel wesentlich, daß wir unsere Stellungen in Europa verteidigen. Aber die Verteidigung Europas allein genügt nicht; Europa verteidigt man nicht nur in Berlin und an der Elbe, sondern auch nicht minder am Ganges, am Nil und am Amazonas. Das dürfen wir nie vergessen.

Es ist lange her, daß in der ganzen kolonialen Welt Selbständigkeitsbewegungen angefangen haben. Aber es gibt verschiedene Selbständigkeitsbewegungen. Die intelligentesten Leute der westlichen Welt haben nie gedacht, daß das Kolonialwesen an sich etwas war, was Jahrhunderte dauern könnte. Nachdem die erste Auffassung des Kolonialwesens — die Ausbeutungspolitik — überwunden war, betrachtete man überall, mehr oder weniger ehrlich, die Rolle der Kolonialmächte eher als eine Mission. Die Kolonialmächte sollten die Völker unter ihrer Herrschaft zur Selbständigkeit erziehen, und man dachte wirklich, daß eines Tages, in weiter Zukunft natürlich, Indien oder Ägypten oder Indonesien selbständige Staaten werden sollten. Aber mit ihrer Selbständigkeit sollten sie die grundsätzlichen Elemente unserer Zivilisation und unserer Sozialordnung annehmen: ein Abbild der inneren Entwicklungslage der wichtigsten westlichen Länder. In diesem Sinn wäre diese Selbständigkeit mehr eine freiwillige Akzeptierung unserer Zivilisation als etwas anderes gewesen. Und die neuen selbständigen Staaten hätten als freiwillige Mitglieder in der Gemeinschaft der westlichen Nationen weiterleben können. Man glaubte, in anderen Worten, daß auch die farbigen Länder eine innere Evolution haben könnten, ähnlich der Kanadas oder Australiens, die sich von einfachen Kolonien zum Dominion-Status entwickelt hatten. Das schien am Ende des zweiten Weltkrieges im ganzen noch möglich. Wieso hat sich das alles so plötzlich geändert? Man hatte nur eine Kleinigkeit vergessen: das Kolonialregime stützte sich auf die Kraft, das Prestige der westlichen Länder. Das alles war in zwei Weltkriegen verloren gegangen, das alles fehlte, um das alte Regime zu erhalten. Für eine friedliche Evolution im Sinne von Dominions waren diese Länder noch nicht reif. Wir hatten unsere Erziehungsmision nicht erfüllt, wenigstens nicht überall.

Man darf nie vergessen, daß die Kolonien mit Waffen erobert wurden. Von unserem Standpunkt aus gesehen kann man zweifellos sagen, daß wir Westler in diese Welt unsere moderne, bessere Zivilisation gebracht haben; aber das ist nur unser Standpunkt. Von ihrem Standpunkt aus gesehen, war es die Zerstörung ihrer Welt, ihrer Zivilisation. Unsere konnte wohl eine bessere sein, sie war aber eine fremde Zivilisation. Wir haben die Kraft verloren in einem Moment, als die Umstände eine größere Machtentfaltung erforderten, um diese Länder in der Hand zu halten.

Im Jahre 1857 hat England, um die indische Revolution zu unterdrücken, nur einige tausend Soldaten aus dem Mutterland nach Indien

geschickt, und das war genug. Hätten die Engländer sich nach diesem Krieg in Indien zu behaupten versucht, so hätten sie mehrere hunderttausend britische Soldaten einsetzen müssen.

Während der Eroberung Indochinas hat Frankreich, auch wenn es mit China in einen Krieg verwickelt war, nie mehr als 20 000 Soldaten in Indochina gehabt, und das war genug, um den Sieg zu erringen. Nach dem zweiten Weltkrieg hat Frankreich in Indochina mehr als 200 000 Soldaten gehabt, und die waren nicht genug.

Es war eigentlich nicht das nationale Prestige Englands, Frankreichs oder Deutschlands, es war vielmehr das Prestige der ganzen westlichen Welt — damals Europas — das sich durch seine Entwicklung und den Glanz

seiner Kultur unterschied. Die westlichen Länder waren die einzigen Länder, die sich industriell entwickelt hatten. Ihr Erfolg schien mit ihrem politischen Regime, ihrer sozialen Ordnung und ihren kulturellen Anschauungen verbunden. Das konnte zuweilen fremd oder unangenehm sein, aber es schien unvermeidlich, das alles zu übernehmen, wenn man gewisse Entwicklungen erreichen wollte. Zwei Weltkriege, unsere eigene Propaganda des einen gegen den anderen, haben den Zauber zerstört und unsere Schwächen entblößt. Wir waren Halbgötter, nun sind wir zu kleinen Menschen geworden. Aber was noch wichtiger ist: nach dem ersten Weltkrieg hat sich im Kommunismus eine neue Gesellschaftsform mit unerwarteten Entwicklungsmöglichkeiten vorgestellt.

Wir sind nicht mehr die einzig möglichen Erzieher

Der Kommunismus als solcher hat in allen diesen Ländern in den ersten zwanzig Jahren seines Bestehens keinen großen Erfolg gehabt. Sein Erfolg zeigte sich plötzlich, als es sich erwies, daß ein unentwickeltes Land sich in einem tollen Tempo zu einem großen Industriestaat ohne die ökonomischen und politischen Systeme der westlichen Welt entwickeln konnte. Dieser Prestigeverlust ist meiner Meinung nach der schwerste und gefährlichste. Es gibt heute — wenn ich mich nicht irre — auf den deutschen Hochschulen mehr als 11 000 Studenten aus den Entwicklungsländern. Aber wenn man nachschaut, wie diese Studenten verteilt sind, so sieht man, daß sie fast alle die technischen Fakultäten besuchen. Die Studenten aus den Entwicklungsländern, die juristische und sozialwissenschaftliche Fakultäten besuchen, sind nur eine ganz kleine Minderheit. Es ist sehr schlecht, daß sie unsere Maschinen noch kaufen, aber nicht mehr unsere Institutionen. Das bedeutet: sie erkennen wohl unsere Technik an, sie wollen sich unsere Technik aneignen, um uns ebenbürtig zu werden, aber unsere juristisch-soziale Ordnung halten sie für uninteressant. Wir sind nicht mehr die einzig möglichen Erzieher. Und das ist der empfindlichste Verlust, den wir erlitten haben.

Wir stehen in allen diesen Ländern in einem ernststen Wettbewerb mit dem Kommunismus. Kann man noch vermeiden, daß alle diese Länder hinter dem Eisernen Vorhang verschwinden?

Erstens muß man die Lage sehen, wie sie ist: uns von den vielen Illusionen der Vergangenheit befreien, die noch schwer auf uns lasten, denn viele unserer Irrtümer stammen aus alten Illusionen.

Die Diplomatie kann die Situation nicht meistern, Diplomatie ohne Macht vermag wenig: und diese Macht, in einem gewissen Sinn, haben wir nicht mehr.

Wenn wir von Diplomatie sprechen, denken wir alle, an die diplomatische Leistung, die die englische Politik im Nahen Osten zwischen den zwei Weltkriegen vollbracht hat. Die englische Diplomatie ist, ohne Zweifel, glänzend gewesen. Aber sie war auf zwei Machtstellungen gestützt: die englische Armee in Ägypten und die indische Armee, die damals der englischen Politik zur Verfügung stand. Heute, da diese zwei Machtstellungen nicht mehr da sind, kann die britische Diplomatie nicht mehr viel leisten.

Die Inkognita, die Gefahr des Wettbewerbs, liegt in der inneren Lage aller dieser Länder. Ist es möglich oder nicht, die innere Lage in einer nichtkommunistischen sozialen Ordnung, welcher Art sie auch sein mag, mehr oder weniger zu stabilisieren?

Unsere Niederlage — denn es handelt sich um eine Niederlage — war keine diplomatische Niederlage, und auch keine militärische: unsere Freunde in diesen Ländern — wenn man noch von Freunden sprechen darf — haben in der Innenpolitik versagt. Man kann auch sagen, wir haben auf die falschen Pferde gewettet, oder auch, daß unsere Erziehungsarbeit sich als ungeeignet gezeigt hat: das macht keinen großen Unterschied.

Zu Anfang stützten sich die Kolonialregierungen im Innern der Kolonialländer auf zwei Elemente: die kleinen einfachen Leute, für die die Eroberer Ordnung und Frieden anstelle der früheren Anarchie gebracht hatten; und die alte regierende Klasse, die sich nicht mehr recht gegen die inneren revolutionären Kräfte behaupten konnte. Fast überall wurde sozusagen ein *de-facto*-Kompromiß zwischen den Kolonialmächten und wenigstens einem Teil der alten regierenden Klassen geschlossen: sie haben ihre politische Selbständigkeit geopfert, aber ihre ökonomischen Privilegien nicht nur bewahrt, sondern auch erweitert: Das hat lange so gedauert, und so lange es so war, war es auch verhältnismäßig leicht, eine Empörung zu unterdrücken.

Aber eine Gesellschaft ist nie und nirgendwo unbeweglich: neue Klassen und Gruppen haben sich gebildet. Die Erziehung, die ökonomischen Umwandlungen haben neue Elemente in die innere soziale Ordnung eingeführt: die Anwesenheit der Ausländer wurde nach und nach unbequemer. Eine Gewaltlösung war schwierig, ein Kompromiß schien dagegen möglich. Die Kolonialmächte haben geglaubt, es sei möglich, diesen Ländern eine politische Selbständigkeit zu geben, aber im großen und ganzen ihre ökonomische Position wie die politische beizubehalten. Die alten einheimischen konservativen Elemente haben geglaubt, auf der einen Seite ihre innere Stellung damit befestigen zu können, daß sie sozusagen die Initiative in den nationalen Selbstständigkeitsbewegungen ergriffen; und zur selben Zeit durch eine indirekte Verbindung zu den alten Kolonialmächten sich deren Schutz in inneren Angelegenheiten bewahren zu können. Beide haben sich geirrt: und beide haben verloren, der ganze Westen mit ihnen. Dieser Stabilisierungsversuch ist überall an zwei Felsen gescheitert: dem Nationalismus und dem sozialen Bewußtsein der Massen.

Wir haben diese Leute den Nationalismus gelehrt, und so wie sich eine importierte Krankheit mit besonderer Wucht auf neuem Boden entwickelt, hat sich der Nationalismus in allen diesen Ländern als besonders radikal erwiesen.

Die Armut dieser Länder ist unbeschreiblich: wer die Misere Indiens oder Chinas nicht gesehen hat, weiß nicht, was wirkliche Armut sein kann. Das hat wahrscheinlich Jahrhunderte oder Jahrtausende gedauert. Ich glaube nicht an das Märchen von einem viel besseren Zustand in der Zeit vor der Kolonialherrschaft. Wahr ist, daß durch die Kolonialherrschaft eine gewisse Industrialisierung dieser Länder eingetreten ist, und jede Industrialisierung bringt zu Anfang große soziale Leiden mit sich. Das wichtige ist, daß früher der indische oder chinesische Bauer oder Arbeiter nur den Lebensstandard seines Nachbarn kannte. Er wußte nicht, daß es möglich war so zu leben, wie die amerikanischen oder deutschen Bauern oder Arbeiter. Aber als er das erfahren hat, hat er sich die Frage gestellt: Warum können wir nicht auch leben wie die anderen?

Zur Zeit der kolonialen Regierungen war das alles verhältnismäßig einfach. Bescheidene Selbstständigkeitswünsche der höheren Gesellschaftsschichten, Radikal-Nationalismus der Intellektuellen, soziale Unruhen und Bestrebungen der Massen, konnten sich alle gegen die koloniale Macht vereinigen: die koloniale Macht war an allem schuld.

Aber nachdem die fremden Herren weggegangen waren, hat es sich gezeigt, daß das alles nicht so leicht war. Die Kolonialmacht war doch immerhin ein Gefüge, ein anderes Gefüge war nicht vorhanden. Daher ist es noch schlimmer geworden. Es entwickelte sich im Innern ein immer akuter werdender Klassenkampf, und an dieser sozialen Krise im Innern sind unsere guten, angenehmen post-kolonialen Regierungen zugrunde gegangen. Manchmal durch Wahlen, häufiger durch Revolutionen. Und wo sie sich noch halten können, ist ihre Lage nicht sicher.

Es gibt überall eine tiefe soziale Unruhe, in Lateinamerika, in Afrika in Asien. Diese tiefe soziale Unruhe ist die Krise der unentwickelten Welt.

Einer der ersten Schriftsteller, der die Lage gründlich studiert hat, Tibor Mende, hat einmal eine in ihrer Einfachheit beeindruckende Klassifikation der Menschheit skizziert:

Die in voller wirtschaftlicher Entwicklung befindlichen Länder — Westeuropa, die Vereinigten Staaten und zwei oder drei Überseeländer: in dieser Zone schwankt das individuelle Einkommen zwischen 500 und 1800 Dollar.

Halb entwickelte Länder: das heißt, diejenigen, denen es allgemein mit verschiedenen Revolutionsformen gelungen ist, fühlbare Fortschritte auf dem Wege zur Entwicklung zu machen — UdSSR, Japan und zwei oder drei Länder Latein-Amerikas — individuelles Einkommen zwischen 100 und 500 Dollar.

Müssen die Entwicklungsländer kommunistisch werden?

Ist es unvermeidlich, daß alle diese Entwicklungsländer früher oder später kommunistisch werden?

Unvermeidlich ist das nicht. Die Gefahr besteht jedoch, und diese Gefahr ist viel größer geworden, nachdem wir Westler diese Gefahr nicht erkennen wollen in ihrer ganzen Problematik und in ihren Konsequenzen. Auch ohne den Weltkommunismus wäre wahrscheinlich unsere Lage in diesen Ländern nicht so günstig: der Wettkampf mit dem Kommunismus aber macht die Lage höchst gefährlich.

Meiner Meinung nach liegt die große Gefahr des Kommunismus in den Möglichkeiten, die die kommunistische Organisation zu bieten scheint, um ein unentwickeltes Land rasch zu industrialisieren.

Die politische Kraft, die jetzt in allen diesen Ländern an die Macht gekommen ist, oder dicht vor der Tür steht, ist der radikale Nationalismus. Wenn man diese Radikal-Nationalisten als Klasse definieren will, könnte man sagen, sie sind intellektuelle Proletarier, Leute aus den niedrigen Schichten der Gesellschaft, die sich durch die mittlere und höhere Schule durchgearbeitet haben. Die Offiziere, überall in diesen Ländern eine revolutionäre und nicht konservative Klasse, stammen auch aus diesem intellektuellen Proletariat, besonders einflußreich weil sie in einer sich auflösenden Gesellschaft die einzige organisierte Kraft sind: jemand hat diese Offiziere mit Recht als Jakobiner der östlichen Revolution definiert. Sie sind die größten Feinde der Kolonialerben und damit auch unserer Zivilisation und Weltanschauung, die für sie mit dem Kolonialregime eng verbunden sind. Ihre ersten Feinde, im Innern, waren die alten feudalen Elemente: die waren unsere Freunde, wir haben sie unterstützt. Ohne unsere Unterstützung wären sie wahrscheinlich viel früher gefallen. Interessant, zu denken, wie alles anders sein könnte, hätten wir in diesen Ländern, besonders nach dem zweiten Weltkrieg, eine mehr progressive Politik versucht: aber das ist auch bloße philosophische Spekulation. Die Kolonialmächte haben diese Klasse — das intellektuelle Proletariat — selbst geschaffen, indem sie ihr die Möglichkeit gegeben haben, ihre Erziehung zu vollenden, aber sie haben nicht daran gedacht, ihr in ihrer Gesellschaft den Platz anzuweisen, auf den sie ein Recht zu haben glaubte. Sie wollen die Macht: nicht nur die Macht im Innern des Landes — die könnten sie leicht haben —, auch Macht im internationalen Sinn des Wortes. Sie wollen, daß ihr Land, obwohl klein und unentwickelt, selbst eine Rolle in der Weltpolitik spielt und nicht nur ein Spielzeug der Großmächte ist.

Unentwickelte Länder — der übrige Teil der Welt — individuelles Einkommen höchstens 100 Dollar.

Die erste Kategorie umfaßt ein Fünftel der Menschheit, die zweite ebenfalls, drei Fünftel indessen bleiben in der dritten.

Die Länder der ersten Kategorie sind alle, ohne Ausnahme, der weißen Rasse angehörige Länder: es gibt auch Länder weißer Rasse, die der zweiten Kategorie angehören: aber es gibt kein farbiges Land, das der ersten angehört. Indem diese Ziffern etwas vereinfacht werden, muß daraus gefolgert werden, daß 10% der Bevölkerung der Erde 80% des Totaleinkommens unseres Planeten zu ihrer Verfügung hat; und daß diese 10% ganz und gar zu der Kategorie gehören, die wir die weiße Rasse nennen.

Es gibt auch andere Schätzungen der Lage. Man sagt, daß die reichen und entwickelten Länder (Rußland inklusive) mehr oder weniger ein Fünftel der Weltbevölkerung ausmachen, aber sie haben zwei Drittel des Welteinkommens zu ihrer Verfügung: eigentlich kein großer Unterschied. So ist das, was wir vor uns sehen, ein sozialer Kampf, eine soziale Erhebung der armen Klassen der ganzen Welt gegen die privilegierte Bevölkerung des Westens. Da diese Armen in der Mehrzahl Leute sind, deren Haut eine andere Farbe hat als die unsrige, gibt das dieser sozialen Revolution auch ein rassisches Element. Das kompliziert wohl die Dinge, aber ändert die Lage nicht.

Sie sind überzeugt, daß die Macht mit der Entwicklung der Schwerindustrie eng verbunden ist. Sie wissen, daß ihre Länder Rohstoffe und Entwicklungsmöglichkeiten besitzen, deshalb wollen sie in ihrem Land eine große Industrie haben, und sie wollen sie schnell haben.

Davon haben die Nationalisten seit langem geträumt. Aber wie konnte man das früher machen? Mehr oder weniger so, wie sich der Industrialisierungsprozeß in unseren Ländern vollzogen hatte. Erstens sparen, Pfennig auf Pfennig anhäufen. Mit diesem Kapital eine kleine Industrie, dann mit dem Gewinn eine mittlere Industrie und dann, zum Schluß, die Großindustrie. Wenn möglich auch eine kleinere oder größere Hilfe an ausländischem Kapital. Ich wiederhole: wie wir es alle gemacht haben.

Die kommunistische Regierungsform scheint ganz andere Möglichkeiten zu bieten. Besonders in bezug auf das Tempo. Zur Zeit des ersten Weltkrieges war Rußland im großen und ganzen ein noch unentwickeltes Land. Ältere Leute erinnern sich alle an die Zeit, als die russische Industrie nicht imstande war, der russischen Armee Gewehre in genügender Anzahl zu geben. Dann, plötzlich, während des zweiten Weltkrieges und nach dem zweiten Weltkrieg, erscheint Rußland als zweite Industriemacht der Welt. Und das in einem Zeitraum von wenig mehr als 40 Jahren. Tatsache ist, daß die eiserne Organisation des kommunistischen Staates, die strikte Planung, ein Mittel zu sein scheint, um auch ein unentwickeltes Land rasch und schnell zu industrialisieren. Daß das mit ungeheuren Leiden verbunden ist, ist Nebensache. Völker, die jahrhundertlang an äußerster Misere gewöhnt sind, werden gegen menschliche Leiden unempfindlich.

Im großen und ganzen sind diese Radikal-Nationalisten nicht Kommunisten. Sie fühlen sich eher als eine regierende Klasse im Werden, und eine regierende Klasse im Werden ist eher kapitalistisch als kommunistisch gesinnt. Sollte es sich allerdings zeigen, daß Macht nur durch den Kommunismus zu erreichen ist, dann sind sie auch bereit, den Kommunismus anzunehmen. Sie haben diese Macht versprochen als sie an die Regierung kamen: wenn sie diese Macht nicht erreichen, wie können sie sich halten? Das ist meiner Meinung nach das wichtigste, was wir gut und klar verstehen müssen.

Überall diskutiert man in unserer Welt, welche Politik in den Entwicklungsländern zu führen sei. Aber man träumt zu viel von einer Möglichkeit, zum alten Zustand zurückkehren zu können. Man kann

nicht zurückgehen. Es gibt Entwicklungen, die unwiderruflich sind. Es ist nutzlos darüber zu diskutieren, ob der arabische Nationalismus für uns angenehm ist oder nicht. Wir haben keine Wahl: Wir können diesen Nationalismus nicht überall in der Welt unterdrücken.

Mit Gewalt kann man natürlich jede Revolution unterdrücken: das haben wir vor kurzer Zeit in Ungarn gesehen. Aber dann muß man auch bereit sein, unbarmherzig zu sein. Man könnte sich als Kolonialmacht zweifellos in einem Land halten, wenn man den Entschluß faßt, Schädel-Pyramiden zu errichten, wie es seinerzeit Tamerlan gemacht hat. Ein Franzose sagte zu mir einmal über die Algerienfrage: Entweder schlagen wir fünfhunderttausend Köpfe ab, oder wir ziehen ab: eine dritte Alternative gibt es nicht. Ein paar hundert Köpfe genügen nicht: er hatte recht.

Haben wir den Mut, das zu tun? Kann unsere öffentliche Meinung im Innern das dulden? Die Antwort wäre nicht überall dieselbe.

Haben wir Kräfte genug, um die Revolution überall zu unterdrücken? Die Franzosen haben eine halbe Million Soldaten in Algerien: und das genügt kaum: können sie aber so viel Soldaten in ein anderes Land schicken? Können das die Briten tun: die Belgier, die Deutschen, die Italiener?

Machtpolitik ist unrealistisch

Ich persönlich halte eine Machtpolitik für höchst unrealistisch. Aber sollte man zu dem Entschluß kommen, daß für unsere Rettung die Gewalt nötig ist, dann sollten auch wir Deutschen und Italiener unsere Kräfte und unsere Mittel einsetzen: die Aufgabe ist zu groß und zu wichtig, um vom Zaune aus zuschauen zu können.

Das alles muß man gut verstehen: ehe man von Macht spricht, muß man sehen, ob diese Macht und alles, was mit Machtausübung verbunden ist, vorhanden ist oder nicht. Eine Politik, um Erfolg zu haben, muß klar sehen welche Ziele sie erreichen kann: keine Träume, keine Illusionen, keine Abschweifungen. Was kann nun das Ziel unserer Politik sein? Nur vermeiden, daß diese Länder kommunistisch werden.

Wir haben ein glänzendes Beispiel vor Augen: die Türkei. Mustapha Kemal, der im Jahre 1920 als Leiter eines intellektuellen Proletariats von Offizieren an die Spitze der türkischen Regierung gelangte, hat alles gegen uns getan, was der heutige Nationalismus in anderen Ländern macht, und auch er wurde mächtig von Sowjetrußland unterstützt. Dann haben die Errungenschaften und die Enttäuschungen des Nationalismus, die Fehler Rußlands und die Zeit viel geregelt, und heute sind die Türken die einzigen wirklichen Freunde, mit denen wir im Osten rechnen können. Was in der Türkei vorgekommen ist, kann auch in anderen Ländern mit der Zeit passieren, wenn es uns gelingt, diese Länder diesseits des Eisernen Vorhangs zu halten. Das muß unser Ziel sein.

Wir wollen noch zu viel. Wir wollen, daß diese Regierungen unsere Freunde seien: daß sie in den Vereinten Nationen für uns ihre Stimme abgeben, daß sie mit uns Bündnisverträge schließen und uns militärische Stützpunkte gewähren, daß sie zu allem, was wir tun und sagen, bravo schreien. Das können wir jetzt, und auf lange Zeit, nicht haben.

Wir erwarten wahrscheinlich, daß diese Regierungen von besseren Regierungen — besseren in unserem Sinne — abgelöst werden können. Manches, was wir tun, oder nicht tun, kann nur so verstanden werden, daß wir damit hoffen und rechnen, den heutigen Regierungen Schwierigkeiten zu machen und den Weg für eine andere Regierung vorzubereiten. Illusion: diese uns unangenehmen Regierungen können wahrscheinlich nur durch schlimmere Regierungen ersetzt werden.

Wir können nur auf eine Konsolidierung der jetzigen noch nicht kommunistischen Regierungen hoffen, wie schlecht sie auch für uns sein

Ein Kolonialkrieg im heutigen Maßstab kostet viel Geld und wird auch lange dauern. Ich glaube nicht, daß auch im Falle eines Wiedereroberungskrieges, wie es die Suez-Operation sein konnte, die Russen wirklich beabsichtigten, direkt zu intervenieren: aber sie können indirekt intervenieren. Die „Freiwilligen“ sind eine sehr elastische Erfindung, die man überall angenommen hat; das macht die Lage nicht einfacher.

Haben wir das nötige Geld? Sind wir bereit, die nötigen finanziellen Anstrengungen zu machen? Können wir dieses Geld nicht besser benutzen?

Ich habe bis jetzt nicht von Deutschen oder Engländern gesprochen, sondern nur von uns: Europäern und Westlern, und das absichtlich. Was in den unentwickelten Ländern vorgeht, trifft uns alle, ohne Unterschied.

Es ist nicht Frankreich, oder England, das eine Kolonie verliert, wir alle verlieren sie. Wenn alle diese Länder hinter dem Eisernen Vorhang verschwinden, ist es eine Katastrophe für uns alle ohne Ausnahme. Das sage ich besonders den Deutschen und den Italienern: einige von uns glauben, daß wir dort beliebt sind. Das stimmt nicht, denn wir sind alle Leute der weißen Rasse, alle gleich beliebt oder gehaßt: nur die Russen sind noch eine Ausnahme.

mögen, und nichts weiter: und das ist auch nicht leicht. Was kann man dafür tun?

Vor allem die sozial-ökonomischen Probleme. Die Anziehungskraft des Kommunismus ist, wie gesagt, die durch seine eiserne Organisation gegebene Möglichkeit, die Massen zu Arbeitsleistungen und Konsumschränkungen zu zwingen, die unter einem mehr oder weniger freien Regime unmöglich sind. Diese eiserne Organisation gibt Investitionsmöglichkeiten in einem Tempo und Maß, das ohne die kommunistische Disziplin nicht durchzuführen ist. Wenn wir wollen, daß diese Länder nicht zum Kommunismus übergehen, dann müssen wir einen auch verhältnismäßig hohen Preis dafür zahlen: mit unserer finanziellen Hilfe das Investitionstempo der Demokratie dem kommunistischen Tempo näher rücken.

Das kann nicht die Privatinitiative machen. Daran besteht kein Zweifel. Das Privatkapital ist kein Wohltätigkeitsinstitut. Das Privatkapital wird dort investiert, wo genügend Aussicht auf Gewinn besteht. Darum kann es nur unter günstigen politischen Verhältnissen ökonomische Initiativen unterstützen. Das alles an sich schränkt mächtig seine Möglichkeiten in diesen Ländern ein. Diesen Ländern zu sagen, sie müßten bei sich zu Haus die Umstände schaffen, um das Privatkapital anzuziehen, heißt etwas von ihnen zu verlangen, was sie nicht geben können.

Was man für alle diese Länder, oder wenigstens für einige von ihnen braucht, ist das, was der Marshall-Plan für Europa gewesen ist, im gleichen Stil und im gleichen Maß. Hätten die Amerikaner im Jahre 1947 ihre ökonomische Hilfe für den Wiederaufbau Europas auf die Möglichkeiten des Privatkapitals beschränkt, so wären wir noch in Gott weiß welchem Zustand. Die politische und auch ökonomische Bedeutung des Marshall-Plans war, daß es sich um ein kolossales Geschenk handelte, im gewissen Sinn unökonomisch. Die Ähnlichkeit zwischen der Lage Europas damals, im Jahre 1947, und den Entwicklungs-Ländern jetzt ist größer als man denkt. Eine kommunistische Regierung hätte es verhältnismäßig leicht gehabt, die nötigen Investitionskapitalien aus unseren Ländern für den Wiederaufbau herbeizustellen, wie es in Rußland und in den Ländern Osteuropas gemacht wurde. Die demokratischen Regierungen konnten nicht das nötige Opfer von der Bevölkerung verlangen: und die Kommunisten in unseren Ländern sorgten dafür, daß die Regierungen nicht imstande waren, die nötige Austerität einzuführen:

sie wollten die Stabilisation nicht. Die Amerikaner haben das bezahlt, was eine demokratische Regierung nicht bereitstellen konnte. Das hat die amerikanischen Steuerzahler ziemlich viel gekostet, aber damit haben sie Europa vom Kommunismus gerettet, für uns, aber auch für sich selbst.

Dasselbe gilt für die Entwicklungsländer. Etwas ähnliches müssen wir in diesen Ländern unternehmen. Anders geht es nicht. Wenn wir nicht

genug und nicht schnell genug geben, ist es mehr oder weniger dasselbe als ob wir nichts gäben.

Da die ökonomische Beteiligung des Westens politische Zwecke verfolgt, muß sie auch politisch behandelt werden. Es ist Sache der Regierungen; das Privatkapital kann dabei mitwirken, kann wahrscheinlich viel tun, aber nur wenn und wo diese politische Intervention die nötige Stabilität für seine Durchsetzung geschaffen hat.

Unterstützung ohne politische oder ökonomische Bedingungen

Diese politische Hilfe darf an keine militärpolitischen Bedingungen geknüpft sein. Wenn wir sagen — wie wir schon allzuoft gesagt haben — sie könnten von uns Hilfe bekommen, wenn sie mit uns eine militärische Allianz eingehen und wenn sie uns auf ihrem Territorium militärische Stützpunkte errichten lassen, so hilft das nicht. Alle diese Länder sind Anhänger der positiven Neutralität. Worin sich eine positive Neutralität von einer einfachen Neutralität unterscheidet, das habe ich bis jetzt noch nicht verstanden. Tatsache ist jedoch, daß diese Länder unsere Politik nicht verstehen und nicht bejahen, kein Vertrauen in unsere Politik haben und sich politisch nicht an uns binden wollen. Sie haben die Illusion, daß es möglich ist, sich mit dem Osten ökonomisch zu verbinden, ohne politisch vom Osten abhängig zu werden. Wir können hoffen, daß die Russen ihnen zeigen werden, daß diese Konzeption der Neutralität eine Illusion ist. Was in letzter Zeit im Irak, in Ägypten und Tibet vorgekommen ist, kann wahrscheinlich eine erste Warnung für alle diese Länder bedeuten. Aber wenn wir aus den politischen Fehlern unserer Gegner einen Nutzen ziehen wollen, müssen wir die Nerven haben, diese politisch-ökonomische Hilfe bedingungslos anzubieten. Wir sind die ehemaligen Ausbeuter — ob wir wirklich Ausbeuter gewesen sind, will ich hier nicht diskutieren, in der Geschichte und in der Politik sind Mythen wichtiger als die Wahrheit — politisch wichtig ist, daß diese Leute überzeugt sind, daß wir Ausbeuter gewesen sind. Um diese negativen Konsequenzen der Überlieferung zu überwinden, müssen wir bezahlen. Und auch auf keine Dankbarkeit von ihrer Seite rechnen. Sind wir den Amerikanern für den Marshall-Plan dankbar? Graf Sforza sagte einmal im Jahre 1948 zu dem amerikanischen Präsidenten: Es wird für Sie, Amerikaner, beinahe unmöglich sein, daß wir Europäer Ihnen verzeihen, uns vom Hungertod gerettet zu haben. Und er hatte recht: warum sollten diese Völker besser sein als wir selber?

Wir dürfen auch weder politische noch ökonomische Bedingungen an unsere Hilfe knüpfen. — Wir sind davon überzeugt, daß die parlamentarische Demokratie, wie sie mehr oder weniger bei uns besteht, die vollkommenste Regierungsform der Menschheit ist. Aber das ist nicht die Ansicht aller. Unsere Gesellschaft ist, so wie sie heute wenigstens theoretisch auf der freien Initiative basiert ist, mit ihren erweiterten Klassengliederungen, mit all ihren sozialen Schattierungen, nur zum Teil das Produkt des demokratischen Regimes. Im großen Maßstab war es im Gegenteil diese soziale Gliederung, die das demokratische Regime ermöglichte. Das gilt meiner Meinung nach im gewissen Sinne auch für die liberale Marktwirtschaft, die ein Grundsatz unserer gesamten politischen und ökonomischen Anschauung zu sein scheint. Europa hat jahrhundertlang in einem unliberalen ökonomischen Regime gelebt und auch geblüht: Monopole, Staatsinterventionen, Einschränkungen, Dirigismus, Etatismus, um neue Bezeichnungen zu gebrauchen, waren noch zu Anfang des 19. Jahrhunderts fast überall in Europa stark verbreitet. Die liberale Revolution, die, wie gesagt nicht nur eine politische sondern auch eine wirtschaftliche Revolution gewesen ist, hat diesen ganzen Etatismus, wenn nicht völlig zerstört, so doch wesentlich begrenzt. Aber diese liberale Revolution war von einer Unternehmerklasse gefordert, die da war und die durch den Etatismus keine ausreichende Entwicklungsmöglichkeiten hatte. Es ist die Klasse, die das „laissez faire“ politisch gefordert hat und es auch zu benützen wußte.

In allen Entwicklungsländern nun gibt es keine solche Unternehmerklasse, wie sie in den wichtigsten europäischen Ländern zur Zeit der liberalen Revolution existierte. Synthetisch kann man diese Unternehmerklasse nicht herstellen. Diese Länder stehen vor einer Wahl: entweder Geduld haben und warten bis sich diese Unternehmerklasse von selbst entwickelt, oder diese Unternehmerklasse durch die staatliche Initiative ersetzen. Wie gesagt, politisch kann man jetzt nicht länger warten. Das ist zugleich charakteristisch für unsere Epoche: Was die Leute wünschen, wollen sie schon heute, keiner will mehr nur für das Glück seiner Enkel arbeiten. Darum gibt es keine Alternative. Diesen Ländern zu predigen, sie müßten sich für die Marktwirtschaft und die freie Initiative entscheiden, gegen die Intervention des Staates in der Ökonomie, daß es viel besser für sie wäre, eine Schuhfabrik anstatt eine große Stahlindustrie zu errichten, das kann sehr vernünftig klingen, aber das wird von ihnen nicht angenommen.

Für uns ist die Marktwirtschaft mit der Periode unserer Entwicklung eng verbunden. Für diese Leute ist hingegen die freie Marktwirtschaft mit der kolonialen Ausbeutung eng verbunden. Es mag auch nicht wahr sein, darüber will ich nicht streiten, aber, wie gesagt, politisch sind Mythen und Einbildungen wichtiger als die Wahrheit. Alle diese Länder wollen und können sich nur in halb-etatistischen Formen entwickeln. Ob es uns gefällt oder nicht, wir müssen das annehmen. Wenn wir versuchen, sie anderweitig zu beeinflussen, spielen wir sie nur in die Hände der kommunistischen Propaganda. Es ist so leicht zu sagen, daß wir diese Theorie nur in unserem eigenen Interesse propagandieren. Wie gesagt, das wichtigste für uns ist, daß diese Länder ihre Träume entwickeln, wie sie wünschen, daß sie ihre Enttäuschungen in den Tatsachen und nicht in uns erblicken. Politik ist keine sentimentale Angelegenheit. Haben wir und unsere Regierungen in unserer Geschichte immer das Geld vernünftig benutzt? Warum wollen wir allen diesen Ländern die Freiheit versagen, auch Dummheiten zu machen? Wir müssen sie nehmen wie sie sind, wenn wir gewisse politische Erfolge erreichen wollen.

Die meisten dieser Länder sind Monokulturen. Das heißt, die Devisen, die sie für ihr Leben, für ihre Entwicklung brauchen, bekommen sie nur durch den Verkauf einiger Rohstoffe ihrer Produktion. Für die geplante Entwicklung einer Ökonomie ist es sehr wichtig zu wissen über wieviele Devisen man in Zukunft verfügen kann. Gewöhnlich kauft man eine große Stahlfabrik nicht mit Bargeld: Man bekommt Kredit auf mehrere Jahre. Wenn man ehrlich die Absicht hat, diesen Kredit zurückzuzahlen — und im allgemeinen, glaube ich, wollen alle diese Länder die ihnen gegebenen Kredite zurückzahlen — muß man wissen, mit wievielen Devisen man im Jahre „X“ rechnen kann. Hierin liegt ein großer Vorteil der kommunistischen Länder. Sie können sich — nehmen wir an — auf zehn Jahre verpflichten, eine gewisse Menge Rohstoff von diesen Ländern zu kaufen zu einem vorher bestimmten Preis. Das heißt, sie können diese Länder vor möglichen Preisschwankungen bewahren. Sie tun es nicht nur, sie bereiten sich darauf vor, auf lange Frist. Um hier nur einige Beispiele zu bringen: Rußland hatte ziemlich entwickelte Tee-Plantagen. Vor einigen Jahren beschloß es nun, alle Tee-Plantagen, mit Ausnahme der Tee-Plantagen von Batum, zu zerstören zugunsten des chinesischen Tees. Schon seit Anfang der dreißiger Jahre hatten die Russen in Zentralasien und der Ukraine große Plantagen von Tau-Saghiz entwickelt, einer zentralasiatischen Pflanze, aus deren Wurzel man Kautschuk gewinnen kann: ein bißchen teuer, aber immerhin Kautschuk. In den letzten Jahren haben die

Russen alle diese Plantagen vernichtet, um den Import von Kautschuk aus China, Indonesien und Malaya zu erleichtern. Das können wir nicht tun, und man kommt zu dem Paradox, daß wir Deutschen, Franzosen und Italiener zum Beispiel ägyptische Baumwolle in Ungarn und in der Tschechoslowakei kaufen, weil diese Länder uns die ägyptische Baumwolle billiger abgeben als Ägypten. Ihre innere ökonomische Organisation ermöglicht es ihnen, solche Tricks zu vollführen. Tatsache bleibt jedoch, daß wir selber ihnen damit die Mittel geben, eine anti-europäische Politik in diesen Ländern zu entwickeln. Man sagt mir, wir können das nicht tun, weil das gegen unsere Prinzipien und gegen unsere Organisation verstößt. Es ist wahrscheinlich wahr, wenn man die Dinge rein ökonomisch betrachtet, aber dann muß eine politische Lösung dieser ökonomischen Probleme gefunden werden. Für uns sind die Schwankungen der Rohstoffpreise etwas Unvermeidliches. Im Gegenteil, wir sind eher zufrieden, wenn die Preise dieser Rohstoffe kolonialer Erzeugung fallen: wir sind nicht ebenso erfreut, wenn die Rohstoffpreise unserer eigenen Produktion fallen. Aber für alle diese unentwickelten Länder ist die Lage ganz anders. Eine kleine Schwankung der Kautschukpreise zum Beispiel kann für Millionen von Menschen Leben oder Tod bedeuten. Wenn die freie Ökonomie und die Marktwirtschaft Leben oder Tod bedeuten, dann können wir nicht erwarten, daß sie von den Menschen, die sterben könnten, so enthusiastisch angenommen wird. Aus dieser scheinbar ökonomischen Auffassung entsteht ein politischer Widerspruch sehr ernster Natur. Wenn wir das nicht verstehen und

wenn wir politisch oder wirtschaftlich — das ist ganz egal — nicht ein Mittel finden, um das zu überwinden, dann können wir nicht hoffen, daß unsere Politik in diesen Ländern einen wirklichen Erfolg haben kann.

Und hier erlauben Sie mir noch ein Problem zu erwähnen: die Beziehungen zwischen dem Gemeinsamen Markt und den unentwickelten Ländern: juristisch ist die Sache sehr verwickelt, und auch faktisch: viele wichtige Persönlichkeiten sind bestrebt, eine Lösung zu finden.

Es sei nur erwähnt, daß in den letzten drei Jahren diese Länder — in Afrika und Asien und Latein-Amerika eine große Verminderung ihrer Reserven feststellen mußten und ein Zusammenschrumpfen ihrer Ankaufsmöglichkeiten wegen des Preissturzes der Rohstoffe. Während derselben Periode hat sich die Zahlungsbilanz der europäischen Länder erheblich verbessert. Unsere Politik kann auch juristisch vollkommen gerechtfertigt sein, aber solche verschiedenen Tendenzen sind für unsere Politik in diesen Ländern nicht vorteilhaft: wir müssen daran denken, wenn wir unangenehme politische Überraschungen — nicht im Gemeinsamen Markt an sich — vermeiden wollen.

Das alles kostet viel Geld; der soziale Frieden kostet überall viel. Seinerzeit hat die französische Aristokratie den sozialen Frieden nicht kaufen wollen: sie haben Köpfe und Güter verloren. Die englische Aristokratie hat sich ihren sozialen Frieden erkaufte und hat Köpfe und Güter behalten.

Das schwere Erbe des Kolonialismus

Ökonomische Hilfe ist enorm wichtig; doch ist sie nicht ausreichend.

Das koloniale Regime hat ein schweres Erbe von Mißverständnissen, von Haß — sprechen wir das Wort aus — hinterlassen. Die berühmte Inschrift „verboten für Hunde und Chinesen“ ist keine Erfindung, sie hat existiert, und auch dort, wo sie nicht offen zu lesen war, existierte sie in der Praxis. Überall haben sich diese farbigen Völker bei sich zu Haus als minderwertige Subjekte gefühlt: das ist nicht angenehm. Wenn so etwas eineinhalb Jahrhunderte gedauert hat, hinterläßt das Spuren, die nicht so leicht zu verwischen sind. Dieser Haß gegen uns, gegen die weiße Rasse als Ganzes, ein gemischtes Gefühl von Minderwertigkeitskomplexen und Überheblichkeit, ist wahrscheinlich das Schwerste, das wir überwinden müssen. Am schwierigsten auch deswegen, weil sich das nicht klar fassen und definieren läßt: es ist da, aber was man zu seiner Überwindung machen kann, ist noch sehr ungreifbar. Auch darin sind uns die Russen überlegen: Sie haben bei sich zu Haus, auch zur Zeit des zaristischen Regimes, kein Rassegefühl gehabt, und die unentwickelten Völker sehen daher die Russen nicht als Westler an.

Man hat in Europa viel von einer Annäherung oder Verständigung auf religiösem Gebiet gesprochen. Ich bin demgegenüber ziemlich skeptisch. Bei allen Völkern, die eine große, alte Zivilisation und eine hochentwickelte Religion besaßen, hat die Missionstätigkeit im Grunde genommen eher negativ als positiv gewirkt; besonders darum weil alle diese Länder einen Vergleich gemacht haben zwischen den ethischen Prinzipien, die unsere Religion verkündete, und der Art wie wir lebten und handelten: sie haben die christliche Religion nicht nach ihrer Doktrin sondern nach unserem persönlichen Benehmen beurteilt. Und das Urteil war im allgemeinen nicht positiv.

Und dann sind auch die religiösen Begriffe bei diesen Völkern in völliger Umwandlung. Nicht nur bei uns, auch in Asien gibt es eine religiöse Krise. Die Religion wurde in allen diesen Ländern als eine konservative Kraft angesehen und ist im gewissen Sinne als solche mit den konservativen Klassen in den Hintergrund gerückt. Wahrscheinlich wird es eine religiöse Wiedergeburt besonders beim Islam geben, aber sie wird etwas ganz anderes sein als der Islam, den wir kennen.

Diese Länder sind stolz auf ihre Geschichte, auf ihre vergangene Zivilisation. Unsere Geschichte ist ihnen fremd, so wie uns die ihrige fremd ist. Wir haben bis vor kurzem in einer geschichtlichen Anschauung gelebt, die von Griechenland über Rom durch das Mittelalter und die Renaissance zu unserer heutigen Zivilisation führt: Alles, was sich

nicht in dieser geschichtlichen Axis befindet, scheint uns nebensächlich. Wenn wir die Psychologie der unentwickelten Länder wirklich verstehen wollen, müssen wir ihre ganze Geschichte nochmal lernen, im Sinne einer wirklichen Weltgeschichte; so wie wir auch die indische oder chinesische Ästhetik lernen und verstehen müssen, die ganz anders ist als unsere Ästhetik. Wir müssen mit Liebe, Freundschaft und ohne Überlegenheit diesen Völkern gegenüber treten. Die Leute, die in diesen Ländern am freundlichsten aufgenommen werden, sind unsere Orientalisten, die die Geschichte dieser Völker, ihre Philosophie, ihre Kunst studieren. Gleichheit heißt lernen und lehren. Wir haben in diesen Ländern zuviel lehren wollen; wir müssen jetzt auch etwas lernen.

Ich habe bis jetzt über die unentwickelten Länder im allgemeinen gesprochen: die Probleme der unentwickelten Länder sind jedoch nicht überall dieselben. Lateinamerika, mit seinen Problemen und mit seinen eigenen Charakteristiken, will ich heute beiseite lassen. Aber auch Afrika ist etwas ganz anderes als Asien, und ich glaube fest, daß wir dort, noch jetzt, größere Chancen haben als in Asien. Die afrikanischen Völker (ich meine die schwarze Rasse; Nordafrika, mit seinen arabischen und berberischen Völkern und der Islam, ist politisch ein asiatisches, kein afrikanisches Problem) hatten keine eigene Zivilisation: sie sind in einem Moment erwacht, als unser koloniales Bewußtsein schon in Umwandlung war. Sie sind jünger, frischer und uns gegenüber nicht so absolut feindlich eingestellt wie die Asiaten.

Ich glaube zum Beispiel, daß der französische Versuch einer „Communauté Africaine“ etwas ist, das man nicht nur ernst nehmen, sondern auch mit großer Sympathie betrachten soll.

Was haben eigentlich die Franzosen vor? Eine konzentrierte Erziehungsarbeit, um ihre afrikanischen Völker zur Selbstverwaltung rasch vorzubereiten. Und hier kommt ein Problem, das verdient, eingehender besprochen zu werden: das Problem der Bürokratie.

In allen unseren Ländern ist die Bürokratie ein Feind: man macht sie für die schlimmsten Übel unserer Gesellschaft verantwortlich. Aber die politischen Ereignisse in allen diesen Ländern haben gezeigt, daß ein Staat ohne Bürokratie nicht fortleben kann, und daß es nicht leicht ist, auch eine einigermaßen schlechte Bürokratie zu schaffen. Ein jeder kann Minister werden, wenn er eine verhältnismäßig geschulte Bürokratie unter sich hat: ohne Bürokratie kann auch der gescheiteste Minister sehr wenig tun. Der größte Fehler

der früheren Kolonialmächte bestand darin, daß sie sich nicht genügend um die bürokratische Erziehung ihrer Untertanen bemüht haben.

Unter allen ehemaligen Kolonialländern ist Indien das Land, das sich besser als alle anderen erhalten zu können scheint. Indien besitzt ohne Zweifel Politiker von großem Format: Nehru an erster Stelle. Aber es geht in Indien darum verhältnismäßig besser, weil die Engländer eine gute Bürokratie hinterlassen haben. Indien hatte zur Zeit der Briten eine Bevölkerung von ungefähr 400 Millionen. Um diese 400 Millionen Inder zu verwalten, hatten die Engländer — die Armee nicht eingerechnet — nicht mehr als 6000 Verwaltungsangestellte. Das heißt, Engländer nur an den wichtigsten Hauptposten und eine begrenzte Anzahl von jungen Leuten, um den Nachwuchs zu sichern. So daß, als der englische Ministerialdirektor fortging, sein indischer Stellvertreter bereits da war, um seinen Platz zu übernehmen. Wenn in einem Regiment der Oberstleutnant da ist, um den Platz des Obersten zu besetzen, liegen die Dinge nicht schwer; aber wenn man nur einen Leutnant zur Verfügung hat, um das Regiment zu kommandieren, dann ist das nicht so leicht.

Um hier einen Vergleich mit anderen Gebieten zu machen, will ich nur sagen, daß Frankreich in Indochina, mit einer Bevölkerung von 40 Millionen, fast 30 000 französische Verwaltungsangestellte hatte. In Tunesien, mit einer Bevölkerung von weniger als 6 Millionen, gab es 17 000 französische Angestellte. Das macht den ganzen Unterschied. Wir tun viel, besonders hier in Deutschland, um zu einer technischen Entwicklung dieser Länder beizutragen. Vergessen wir nicht die Bürokratie.

Die Schwarzen lassen sich in diesem Sinn viel leichter erziehen, als man glaubt. Wie Sie wissen, haben wir Italiener uns verpflichtet, bis zum Jahre 1960 unsere alte Kolonie Somaliland für die Selbständigkeit vorzubereiten. Da wir diese Verpflichtung völlig ernst genommen haben, haben wir uns auch ernsthaft mit dieser Erziehungsarbeit beschäftigt. Und die Resultate sind vortrefflich. In acht Jahren haben wir aus der somalischen Bevölkerung Verwaltungskader gebildet, die sich als

besonders fähig erwiesen haben; daher, was die Verwaltung betrifft, sind wir überzeugt, daß im nächsten Jahr die Somalis ihr Land ganz gut in die Hand nehmen können.

Aber die französische Idee dieser „Communauté“ bedeutet auch, daß das Mutterland in diesen Ländern enorm investieren muß — der Staat wie die Privatleute — um die einheimische Bevölkerung auf ein Niveau zu bringen, das sich von dem westlichen Niveau nicht allzu sehr distanziiert. Durch diese forcierte Investition und Erziehung sollten die verschiedenen afrikanischen Einheiten schnell zu vollberechtigten Mitgliedern der französischen „Communauté“ werden, und als solche in einer evolutionsfähigen Gemeinschaft mit dem Mutterland weiterleben.

Was Algerien betrifft, ist die Lage dort viel schwieriger, weil die Anwesenheit von eineinhalb Millionen Europäern die Lage mächtig kompliziert. Es ist nicht meine Absicht, hier darüber zu diskutieren, was die Franzosen hätten machen sollen und was sie noch machen können. Aber auch hier ist ein kolossaler Investitionsplan der Stützpunkt der französischen Politik und Hoffnungen, der die algerische Bevölkerung in verhältnismäßig kurzer Zeit auf das Niveau des Mutterlandes erheben sollte. Was Schwarz-Afrika betrifft, glaube ich, daß der französische Plan gelingen kann: Etwas ähnliches könnte man sich auch für Englisch-Schwarz-Afrika und Belgisch-Schwarz-Afrika denken, wenn man schnell, vernünftig und resolut vorgeht. Es ist eine Frage, die sich auch für uns — Deutsche und Italiener — stellen kann: Alle diese Erziehungs- und Entwicklungspläne können, wie gesagt, nur gelingen, wenn man schnell vorgeht. Ich bin nicht sicher, ob Frankreich allein zum Beispiel die nötigen Mittel für die Entwicklung seiner „Communauté“ in kurzer Zeit aufbringen kann: Deutschland und Italien könnten in ihrem eigenen Interesse mithelfen. Übrigens ist das im Vertrag des Gemeinsamen Marktes schon klipp und klar vorgesehen.

Ich fürchte nur, daß man damals und auch jetzt die Bedeutung dieses Teils des Vertrages bei uns nicht völlig verstanden hat. Ich möchte hier nebenbei erwähnen, daß man an alle diese Probleme der unentwickelten Welt viel besser in einem integrierten Europa herangehen könnte als auf einzelstaatlicher Basis.

Eine gesunde Wirtschaftsentwicklung im demokratischen Rahmen

Es wäre natürlich wünschenswert, überall zu vermeiden, daß unentwickelte Länder hinter dem Eisernen Vorhang verschwinden; aber vielleicht wäre es besser, unsere Mittel darauf zu konzentrieren, wo es am leichtesten ist, wo man mit einem Erfolg rechnen kann. Auch in der militärischen Strategie gilt es als Fehler, seine Kräfte zu verstreuen. Es wäre wahrscheinlich besser, einige Länder als Vorbild und Experiment auszuwählen, so wie zum Beispiel Rotchina als kommunistisches Vorbild und Experiment gelten kann. Man muß doch beweisen, daß eine nationalökonomische Entwicklung auch im Rahmen der Demokratie und des Westens möglich ist. Für diesen Zweck kann Lateinamerika größeren Erfolg versprechen als Afrika, Afrika als Asien.

Und auch Asien ist nicht überall gleich. Indien zum Beispiel könnte man wahrscheinlich leichter retten als irgend ein anderes Land.

Das Mißtrauen gegen uns in allen diesen Ländern ist enorm. Dieses jahrhundertelange Mißtrauen müssen wir, wie gesagt, überwinden: haben wir alles getan, um es zu überwinden? Im Gegenteil. Die Suez-Expedition an sich war in dieser Hinsicht eine Katastrophe.

Entweder sollte man rücksichtslos vorgehen, um — sprechen wir es aus — Ägypten wiederzuerobern, oder überhaupt nicht vorgehen. Ich will hier nicht darüber diskutieren wessen Schuld es gewesen ist. Für die allgemeine westliche Politik konnte es nicht schlimmer sein. Es hat gezeigt, daß wir mit Wiedereroberungsträumen spielen, aber daß wir nicht unsere Kräfte bis zum äußersten einsetzen können, und daß die Drohungen der Russen uns zum Halten zwingen können.

Aber es gibt eine Menge Kleinigkeiten, die noch schlimmer sind. Was für Dummheiten haben wir nicht alle gemacht mit den Waffenlieferungen. Wir haben nur vergessen, daß wir nicht mehr die einzigen

sind, die Waffen verkaufen oder verschenken können. Aber wir haben noch schlimmere Dinge gemacht. Ein Land — ich will hier nicht sagen welches Land — hatte um eine ziemlich große Menge Penicillin angefragt: Wir haben es verweigert. Dieses Land wandte sich an die Russen und hat es von ihnen bekommen. No comment.

Unser Prestige haben wir verloren: kann man etwas tun, um es zurückzugewinnen? Herr Chruschtschow hat uns wiederholt gesagt, daß er für den Endsieg des Kommunismus nicht den Krieg braucht: friedlicher Wettbewerb würde genügen. Die Prestigefrage in diesen Ländern ist auch ein Teil dieses Wettbewerbs.

Das Prestige Deutschlands ist in allen diesen Ländern zweifellos groß, besonders weil diese Länder den Wiederaufbau Deutschlands als Wirtschaftswunder ansehen. Dieses Wirtschaftswunder hat den Leuten gezeigt, daß es noch Lebensfähigkeit und Lebenswillen in unserem Westen gibt. Aber wir müssen unser Tempo beibehalten. Man schreibt zuviel über den Unterschied im Tempo der Entwicklung in den kommunistischen Ländern und den kapitalistischen Ländern. Das ist gefährlich: alle diese Länder betrachten diesen Wettbewerb mit nicht besonders freundlichen Blicken in unserer Richtung. Der Sputnik hat seine Wirkung nicht nur in Amerika gehabt.

Und unsere Ethik. Der Kommunismus stellt sich in allen diesen Ländern als die beste Gesellschaftsform vor, die die Verteilung der Erdengüter am gerechtesten unter den verschiedenen Schichten sichert. Wir propagieren diesen Leuten unsere Gesellschaftsordnung nicht in ausreichendem Maße. Wir dürfen nicht vergessen, daß jeden Tag, zu jeder Stunde, unsere Gesellschaft diesen Völkern von den Kommunisten in verzerrtester Form geschildert wird. Die schlimmsten Vorstellungen der marxistischen Zeiten sind nur die üblichsten der kommunistischen

Propaganda. Wir sind wie eine alte Firma: wir glauben, daß unsere Produktion so gut ist, daß sie keine Reklame braucht. Und dann sehen wir plötzlich, daß die Kunden die Produkte einer jüngeren Firma vorziehen, die ihre Reklame besser organisiert hat. Wir müssen besser klar machen, wie die Dinge bei uns liegen; und auch die Unzulänglichkeiten unserer Gesellschaft nach Möglichkeit verbessern.

In diesem Sinne sind die negativsten Elemente für uns manchmal die Studenten, die aus diesen Ländern zu uns kommen. Sie kommen zu uns, in eine ganz fremde Welt, sie haben sehr wenig Geld; unsere Ideen, unsere Gesellschaftsformen sind ihnen völlig fremd. Sie werden offiziell gut aufgenommen, aber sie nehmen an unserem Leben nicht wirklich teil, sie bleiben abgesondert, allein. Wenn sie mit jemandem unserer Gesellschaft verkehren, so sind es nur die unzufriedensten Elemente, und sie kommen nach Hause, mit einer ganz verstellten Vorstellung unserer Gesellschaftsordnung, die mit derjenigen übereinstimmt, die die Kommunisten von uns machen. Wir müssen uns für diese Leute mehr menschlich interessieren, sonst züchten wir nur abertausende von Feinden.

Die Werte unserer Kultur muß man auch immer wieder prüfen. Meiner Meinung nach betonen wir zu viel das materielle Element unserer Kultur. Das ist nicht gut und nicht genug. Sie wissen ja schon, daß wir ihnen technisch und materiell überlegen sind, und sie sind sicher, sie können uns einholen. Ein deutscher Journalist, der vor kurzem in Rußland war, hat die Aufmerksamkeit seiner Leser auf den Unterschied gelenkt zwischen den Büchern, die man in einem westlichen Bahnhofskiosk findet, und denen in einem russischen. Bei uns: Filmstars, Sport, pornographische Literatur, Kriminalromane. Bei den Russen: Klassiker und Technik. Was der deutsche Journalist bemerkt hat, bemerken hundertmal mehr die unentwickelten Völker; sie haben es schon seit langem bemerkt. Darin liegt eine große Gefahr für unsere Zivilisation und für den Wettbewerb. Man könnte viel darüber sprechen: ein jedes dieser Probleme sollte man gründlich studieren.

Ich wollte hier besonders den ökonomisch-politischen Aspekt der Probleme der unentwickelten Länder in helles Licht rücken. Es ist wesentlich: wenn wir diese Probleme nicht lösen können, dann ist alles andere umsonst. Aber auch hier lebt der Mensch nicht vom Brot allein: andere Aspekte dieser wichtigen Frage habe ich nur erwähnt.

Dieses Problem der unentwickelten Länder ist ein kolossales Problem: es handelt sich um Leben oder Tod für uns. Die entscheidende Schlacht des kalten Krieges wird in diesen Ländern ausgefochten, und es wird keine Schlacht im klassischen Sinne sein. Waffen sind wichtig: eine gute defensive Linie in Europa ist wichtig; aber das ist nicht genug. Die Bedeutung nicht rein militärischer Waffen haben wir noch nicht genug verstanden; das kann uns sehr teuer zu stehen kommen. Die ganze Tragik dieses Problems ist uns noch nicht aufgegangen. Man muß das alles studieren, ernsthaft und tief, ohne Vorurteile, ohne Illusionen. Ein Problem kann man nur lösen, wenn man es wirklich gut kennt.

Es ist ein Problem, wobei Deutsche und Italiener eine bedeutende Rolle spielen können. Wir haben unsere Kolonien seit langem verloren. Darum haben wir bei dieser Frage keine direkten nationalen Interessen mehr, die es erschweren können, die Wahrheit zu erkennen.

Wir haben als nationale Staaten nichts mehr zu verlieren. Darum haben wir eine größere Denkfreiheit.

Ich habe Denkfreiheit gesagt, und nicht Bewegungsfreiheit, weil wir durch die gegenwärtige allgemeine politische Lage stark gehemmt sind. Wir sind Mitglieder der Atlantischen Allianz, wir sind Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft, zwei wichtigen Elementen unserer Außenpolitik, den Pfeilern unserer Außenpolitik.

Die Probleme der Entwicklungsländer stellen eine ernste Spaltungsmöglichkeit der Atlantischen Allianz und der Europäischen Gemeinschaft dar. Wenn wir von der Notwendigkeit einer kühnen Politik den Entwicklungsländern gegenüber sprechen, kann das gegen die Interessen der Engländer, Franzosen, Belgier oder Holländer gehen. Möglicherweise falsche Interessen: ich bin persönlich überzeugt, daß alle Bestrebungen, die Kolonialordnung so zu bewahren, wie sie bis gestern existierte, Wahnsinn ist und nur zu Katastrophen führen kann. Aber viele Belgier, viele Franzosen denken darüber anders. Auch Irrtümer sind politische Tatsachen, mit denen man rechnen muß. Besonders für uns Deutsche und Italiener: haben wir doch einen Krieg geführt, um die Kolonialgebiete der anderen in unsere Hände zu bringen. Man kann leicht sagen, daß eine Politik der Unterstützung des Nationalismus in den unentwickelten Ländern lediglich die alte Politik Hitlers und Mussolinis in anderer Form sei. Und das hat man gesagt. Darum müssen wir sehr vorsichtig vorgehen, wir müssen überzeugen, nichts erzwingen, nicht von sich selbst aus heucheln. Es genügt nicht, recht zu haben, wenn die anderen, mit denen wir leben und kämpfen müssen, anderer Meinung sind. Wir können nicht eigenmächtig handeln, ohne einen Verdacht zu erwecken, der für die atlantische und die europäische Politik sehr verderblich sein kann. Wir müssen überlegen, gründlich überlegen, so daß das, was wir sagen, auf der Realität gut gegründet sei. Eine große und heikle Aufgabe. Aber es ist auch unsere Pflicht, das im allgemeinen Interesse zu tun.

Und ich bin überzeugt, daß eine intimere Zusammenarbeit Deutschlands und Italiens auf diesem Gebiet für uns beide, und für uns alle, sehr nützlich sein könnte. Ich spreche hier nicht von einer Mitarbeit rein ökonomischen Charakters. Was ich hier meine, ist ein Zusammenwirken zwischen Deutschland und Italien auf einer höheren Ebene. Wir sind, wie gesagt, im gewissen Sinn, vorurteilslos in dieser Frage. Studieren wir sie gemeinsam, gründlicher und besser, überlegen wir gemeinsam, was man machen kann, wie wir am besten unsere Freunde überzeugen können. Vier Augen sehen besser als zwei.

Anmerkung:

Pietro Quaroni, geboren in Rom am 3. Oktober 1898. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften und Promovierung zum Dr. jur. Eintritt in den diplomatischen Dienst. Am 6. Juli 1920 als Legations-Attaché nach Konstantinopel. Anschließend Dienst in Buenos Aires (1923), Moskau (1925), Tirana (1928), im Außenministerium in Rom (1931). 1932 zum Legationsrat ernannt. Mitglied zahlreicher Delegationen bei internationalen Konferenzen, u. a.: italienisch-französische Konferenz von 1932; Internationale Konferenz über Luftfahrt-Privatrecht von 1933; Konferenz von Rom über die Revision der Berner Transportkonventionen. April 1935 Sachverständiger bei der Konferenz von Stresa. Im September des gleichen Jahres zum Generalkonsul in Saloniki ernannt. 1936 mit dem Titel eines Bevollmächtigten Ministers nach Kabul versetzt. 1943 zum Botschafter in Moskau ernannt. Mitglied der italienischen Delegation der Friedenskonferenz in Paris und New York. 1947 bis März 1958 Botschafter in Paris. Seit 1. April 1958 Botschafter in Bonn.

WALTHER LIESE

Erziehung, Wissen, Bildung

I.

Ist das Erziehungswesen schon jemals so unentwegt wie in diesem zweiten Drittel unseres Jahrhunderts Gegenstand von Veröffentlichungen, Aussprachen und Tagungen gewesen und hat sich irgendwann die breite Öffentlichkeit daran so interessiert gezeigt wie heute?

Eltern und Pädagogen erörtern unentwegt Schultypen und Unterrichtspläne, einesteils aus Sorge, daß die Kinder überfordert werden, und dann wieder, ob der Unterricht modern und umfassend genug ist. Die berufsbildenden Schulen sehen sich reformerischer Kritik gegenüber, die auf eine völlige Neuordnung hinausläuft und bei den Hochschulen die Aufrechterhaltung des Auftrages berührt, der Lehre und Forschung zu dienen. Die Erwachsenenbildung, die sich relativ spät als öffentlich förderungswürdige Angelegenheit durchgesetzt hat, krankt noch immer am Zweifel über das anzustrebende Ziel, zumal bei den Hörern der Volkshochschulen offenbar die Tendenz stärker hervortritt, Gebiete zu bevorzugen, die beruflichen Nutzen versprechen, weniger einer Verbreiterung des allgemeinen Wissens kommen.

Die Tradition

Erziehungsfragen gingen zwar eine jede Zeit an, mit stärkerer influenzierender Wirkung blieb das aber auf Kreise beschränkt, die sie von Berufs wegen interessieren mußten. Erst wenn es um Grundsatzregelungen ging, von denen die Gesellschaftsstruktur berührt werden konnte, pflegte größere Breitenwirkung zu entstehen, wie beispielsweise um 1900 bei der Gleichstellung der Oberrealschule mit dem Gymnasium oder bei der um ungefähr dieselbe Zeit erfolgten Verleihung des Promotionsrechtes an die Technischen Hochschulen.

Die Bildungsstätten für die große Masse blieben weitgehend unberührt. Sie waren die vertrauten, öffentlichen, pflichtmäßigen Volksschulen auf der Grundlage der Muttersprache und ohne Gliederung nach Berufszielen. Sie schienen ihre Aufgaben im großen und ganzen gut zu erfüllen, so daß Reformgedanken wie die Kerschensteiner'schen Arbeitsschulen auf wenig fruchtbaren Boden fielen, die bekanntlich die durch die Naturwissenschaften, die Technik und die industrielle Entwicklung sich anbahnenden Veränderungen der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse für das pädagogische Denken und Handeln nutzbar machen wollte.

Noch kürzlich sind Äußerungen gefallen, wonach diesen Schulen nur das bescheidene Ziel zuzugestehen wäre, jedem Rechnen und Schreiben beizubringen. Es ist der Ausdruck des alten Wunsches, genügend Hände für untergeordnete Arbeit zu behalten. Bildung durch Wissen war das Exzeptionelle; es galt mit Geburtsprivilegien verknüpft mit Ausnahme der Talentbegnadeten, die zum Erfolg jedoch meist des Glückes mäzenatenhafter Förderung bedurften.

Die eigentliche Ursache für die Unruhe, die unser Erziehungswesen erfaßt hat, kommt aus dem für eine innerlich nicht bewältigte Zeit symptomatischen Zweifel, ob die überkommenen Leitmotive überhaupt richtig

gewesen sind. Ist es nicht vielleicht aber auch so, daß zwischendurch unsere Hoffnung auf Bewährung des einzelnen und sogar der Gesellschaft allzu lange an ein möglichst umfassendes Wissen geknüpft worden war, so daß die beklagte Zersplitterung der heutigen Lebensformen und der menschlichen Verhaltensweisen im ganzen nichts anderes als die Folge der mit der Zeit erfolgten Verschiebung des Schwergewichtes aller Erziehung nach der Wissensseite ist?

Die Menschen mit Wissen sind dabei fraglos zahlreicher geworden, wofür die gesellschaftliche Aufwärtsentwicklung der Maßstab ist. Sind anfänglich dabei überwiegend ideelle Motive im Spiel gewesen, so tritt jetzt wieder eher das Bestreben hervor, sich möglichst nur anzueignen, was für ein späteres materiell günstiges Leben notwendig erscheint. Die Freude an der Leistung, an der eigenen Entwicklung, am Wirken an sich, tritt zurück gegenüber dem mit der Arbeit zu erzielenden Entgelt und der angestrebten wirtschaftlichen Sicherung. Die Studenten sogar haben bis dahin unbekannte, fast so etwas wie eine Verbeamtung bedeutende Wünsche zur Studienfinanzierung vorgebracht. Man will keine Risiken eingehen und hat genug zu tun, die Unsicherheit der lebensbeherrschenden Technik gegenüber zu zügeln, deren Ergebnisse zwar gern benutzt, deren Wesen aber als so sphinxhaft empfunden wird, daß die dadurch ausgelösten emotionalen Störungen des Menschen berechtigen, im Antlitz unseres Jahrhunderts alle Zeichen der Verängstigung zu erblicken.

II.

Veränderte Welt

Was so als mehr oder weniger klare, subjektive Empfindung jeden ergriffen hat, ist letztlich das Ergebnis einer langen Entwicklung, in deren Verlauf sich allenthalben die Erkenntnis durchsetzt, was es seit der Ablösung des Handwerks durch die industrielle Fertigung mit dem damit zusammenhängenden, wachsenden Auseinanderklaffen von Hand- und Kopfarbeit wirklich auf sich hatte. Hier ist der Ursprung des mit zunehmender Besorgnis konstatierten Zustandes der immer größeren Beziehungslosigkeit zwischen naturwissenschaftlicher und geisteswissenschaftlicher Denkorientierung. Von einem Führungsanspruch des Geistigen ist keine Rede mehr, dessen förderungswürdige Existenzberechtigung geradezu in Frage gestellt wird. Und mehr: Infolge der in unserem Jahrhundert erfolgten und vorher niemals gekannten Überwindung von Zeit und Raum rückten die Völker einander sehr nahe. Ihre unterschiedliche Art zu leben, wurde deutlich; Bewunderung, Kritik, auch Ablehnung der fremden Lebensstile fordern Vergleiche heraus, führen zum Nachdenken über die Ursachen und drängen nach Einsichten, was anderswo und wie es geschieht, um diese Menschen so geformt zu haben, wie sie uns als Bürger, Fachleute, Konkurrenten, Freunde und Feinde begegnen.

Dabei treten Motive von polarer Gegensätzlichkeit ins Bewußtsein. Selbst wenn vom Glauben an eine immerwährende wirtschaftliche Prosperität eine betont materialistische Grundauffassung herrscht, ist es ein gewaltiger Unterschied, ob sie aus freiwilliger Bejahung, so zu

leben, oder durch obrigkeitlichen Zwang zustande kommt. Beidemale aber entsteht jenes unpersönliche Leben, das Gesellschaftsordnungen mit ihrem Hang zur Konzentration zur Kollektivierung der Interessen und zum Abtreten der persönlichen Interessenwahrnehmung an Organisationen und Fachverbände entspricht. Das Kollektiv mit eigenem Interessenegoismus übernimmt Aufgaben, die eigentlich und besser in Einzelentscheidungen gelöst werden sollten. Immer häufiger steht am Ende der Ruf nach der Regelung von Staats wegen. Es gerät in Vergessenheit, daß der Staat nur einspringen soll, wo der einzelne seine Bedürfnisse nicht durch Selbsthilfe oder freiwilligen Zusammenschluß befriedigen kann. Schließlich wird sogar alles, was zur Reifung der Individualität mit ihrer Neigung zur Abstraktion von der Gesellschaft beitragen könnte, verdächtig; es wird beargwöhnt und bekämpft. Nicht das Individuum soll zur Vollendung und Erfüllung kommen; das Gattungshafte wird als wegleitendes und Vorrang besitzendes Prinzip angesehen.

Dieses Leben im Kollektivdenken hat das Bewußtsein der sittlichen Verantwortung für das Gemeinwohl keineswegs geschärft. Es existiert zwar ein betonteres Gemeinschaftsdenken im öffentlichen, vor allem vielleicht im politischen Leben, vornehmlich freilich der Nivellierung dienend, wo ein aus der Freiheit des Geistes hervorgegangener Bürgerstolz und die daraus entspringende Initiative zur persönlichen Verantwortung nichts gilt. Wo noch freier Geist die Öffentlichkeit aufhorchen läßt, bedrückt er durch seinen Zynismus, seine Unbändigkeit und Sittenlosigkeit. Für den ausweisenden Anspruch als Intellektueller wird gern eine gewisse dialektische Fähigkeit hingenommen, Begriffe mit einer Elastizität bis zur Identität der Gegensätze handhaben zu können. Echte sittlich gezügelte Freiheit des Geistes, in der sich das verantwortungsbewußte Interesse zeigt, das der einzelne den öffentlichen Angelegenheiten schenkt, macht seltener von sich reden und ist dennoch die unerläßliche Voraussetzung für die Entstehung neuer Gedanken, denen eine nicht formalistisch erstarrte Gesellschaft nicht entraten kann. Alles, was der Idee der Individualität zugute kommt, ist gesund und alles gefährlich, was der Gattung eine eigene Existenz gibt und den Begriff der Gesamtheit erhöht (A. v. Tocqueville um 1840), weil hier am Ende der Verlust der Fähigkeit steht, überhaupt noch eine Entscheidung zu treffen.

Erziehungsprinzipien

Erziehung war ursprünglich identisch mit dem Zwang zur Aneignung gewisser Kenntnisse und Fähigkeiten fürs praktische Leben. Später mußte nicht etwas, es mußte mehr, schließlich Spezielles gewußt werden. Zur Bildung im Sinne eines selbstträchtigen Organismus führte das nicht und wurde auch nicht angestrebt.

Erziehung zum guten Menschen kann fehlendes Wissen nicht ersetzen, Wissen andererseits ist kein Ersatz für sie. Ein kenntnisreicher und hervorragender Fachmann kann unerzogen sein. Das verrät sich, wenn Bewährung nötig ist, die mehr als bloße Anwendung von Wissen für bestimmtes materielles Gelingen verlangt. Wo allein Wissen die Ursache für ein rasches Durchlaufen der sozialen Stufenleiter ist und nicht durch Erziehung die Fähigkeit zur geistigen Akklimatisierung, also zur seelischen Bewältigung der neuen Stellung vorgebildet worden ist, kommen von übersteigertem Selbstbewußtsein getriebene Menschen heraus, die keine harmonischen Kontakte mit ihren Mitarbeitern und Untergebenen unterhalten können. Die Ausbreitung und Aneignung von Wissen könnte also durchaus geringer eingeschätzt werden als die Vermittlung von Fähigkeiten, sich der menschlichen Gesellschaft anpassen zu können, ohne anzustoßen, ohne sich und andere in Konflikte zu bringen. Die Kehrseite einer überbetonten Heranzüchtung von Kontaktfähigen sind die Halbwissenden, diese typischen Erscheinungen unserer Zeit, die dank der durch Presse, Rundfunk und Fernsehen so überaus erleichterten Informationsmöglichkeit eine wachsende dominierende Rolle spielen. Das kann sich unheilvoll auswirken; diese Art von Wissen wird nicht mit Unrecht als Erzgefahr jeder Persönlichkeitsentstehung beargwöhnt.

Wurde zeitweise die für die Wissensaneignung aufzuwendende geistige Arbeit überbewertet, so droht heute ihre Unterbewertung. Wenn die Kommunisten den Adel des Menschen einzig in der Meisterung körperlicher Arbeit erblicken, so hat das machtpolitische Gründe. Ihre Gesellschaftsstruktur benötigt ein Heer vielseitig verwendbarer Arbeiter, die von jung auf so polytechnisch dressiert sind, daß sie als Industriearbeiter in den verschiedensten Produktionszweigen genutzt werden können. In der nichtkommunistischen Welt adelt sich das Ansehen des Menschen, der aus seinen geistigen oder körperlichen Fähigkeiten seinen Lebensunterhalt zieht, durch den Lebensstil, den der aus der Arbeit gezogene Nutzen erlaubt. Ein vermehrter Drang zur körperlichen Arbeit, etwa zur Werkstätte, ist festzustellen, weil hier mehr bezahlt wird als für eine geistige Tätigkeit im Büro. Schmutzarbeit ist im Wert gestiegen, weil sich für sie weniger Hände finden. Der Dünkel als Wertmaßstab für die Arbeit ist in Tat und Wahrheit also nur so lange gültig, als ein sehr kleiner Teil der Gesellschaft mit sehr hohem Einkommen der großen Masse mit völlig unzureichendem Einkommen gegenübersteht. Sobald sich die Durchschnittseinkommen auf eine Höhe erheben, die an den lebensverschönernden Dingen der Produktion wunschgemäß teilnehmen lassen, wird es allenthalben uninteressanter, ob es Leute gibt, die noch mehr vom Leben ergattern. Mit der Abkehr von der Klassenkampfideologie wird jede von der Art der Arbeit her begründete gesellschaftliche Klassifizierung hinfällig.

Wenn die Menschen aber sich der Menschen des einen Zieles wegen bedienen, so rasch und weitgehend wie möglich die Unterjochung der Natur unter ihren Willen zu erzwingen, so wünschen sie sich die dazu benötigten Wissenschaftler, Lehrer, Techniker, Advokaten, Kaufleute, Klempner usw. im Zuchtergebnis des Berufskrüppels, wo der Wissenschaftler nur noch Probleme, der Techniker nur Konstruktionselement, der Lehrer nur Schüler, der Klempner nur Wasserleitungen und der Beamte einzig und allein Paragraphen sieht. Dabei ist eine Unzahl das einzelne Leben verlängernder und angenehmer gestaltender Zivilisationsinstrumentationen herausgekommen, die unbegrenzt ausweitbar erscheinen. Unter einem solchen Zwang kommen die Menschen dazu, mehr und mehr sich nur noch die nützlichen Eindrücke von den Dingen anzueignen, um in folgerichtigster Weise darauf zu reagieren. Wir leben im Jahrhundert der zweck- und leistungsbetonten menschlichen Tätigkeiten mit der Alleingültigkeit des eigenen Willens, größtmöglichen Nutzeffekt anzustreben, was zum imponierenden und dominierenden Daseinsinhalt geworden ist und sicher solange widerspruchlos gelten wird, als auf die dabei entstehenden großen materiellen Vorteile hingewiesen werden kann. Es muß geradezu vom Jahrhundert der Leistungsbesessenheit gesprochen werden. Sind wir dann berechtigt, die daraus sich ergebende standardisierte Begriffs- und Gefühlswelt als etwas Abnormes und Ungewolltes zu beklagen?

Verzweiflung durch Arbeit?

Für eine Erhöhung des Begriffes der Gesamtheit auf Kosten der Individualität sind Gesellschaftsstrukturen prädestiniert, die ihre Glieder zuerst und zuletzt aus dem Wesen der Arbeit begreifen. Hier gibt es Unterschiede, wenn aus idealistischer Grundhaltung auf eine mit der Arbeit bezweckte Vergeistigung abgezielt wird oder kraß materialistisch darauf ausgegangen wird, in der Arbeit allein Mittel und Wege zu sehen, die Natur und ihre Kräfte zum Nutzen der Gesellschaft botmäßig zu machen.

Wird darauf verzichtet, den Nutzen der Arbeit restlos der Bedürfnisbefriedigung zugute kommen zu lassen, so liegt ein sittlich höheres Prinzip zugrunde. Geschieht das nicht, so kommt die Kongruenz von Lebens- und Arbeitsordnung wie beim Bienen- und Ameisenstaat heraus, wobei es gleichgültig ist, ob sich das bloß auf den einzelnen Menschen bezieht oder die Gesellschaft wegen Ausweitung ihrer ehrgeizigen politischen oder wirtschaftlichen Ziele die Früchte aller Arbeit ihrer ausschließlichen Verwertung vorbehält. Im konsequenten Wohlfahrtsstaat ist die Situation keine andere, nur daß mit dieser Zielsetzung sittliche Ambitionen angemeldet sind, die nicht ohne weiteres abzutun sind.

Das hierzu notwendige Vertrauen in eine Zukunft, die immer besser und vollkommener als die Gegenwart ist, setzt den Glauben an ununterbrochene wirtschaftliche Prosperität voraus. Unsicherheit und Angst entstehen, sobald Ereignisse registriert werden, die daran Zweifel aufkommen lassen. Der Zweifel schlägt in Verzweiflung um. Verzweiflung als Ergebnis eines Begreifens des Menschdaseins in der Arbeit? Wird die Fragwürdigkeit dieses Glaubenssatzes heute nicht eindrucksvoll vor Augen geführt und als zu dürftige Deutung des menschlichen Seins entlarvt?

Philosophie und Naturwissenschaften vermögen mit dieser Lebenshilfe nicht zu befriedigen, weil sie den Menschen in die Sackgasse des permanenten Widerspruchs zwischen Vergeistigung und Verungeistigung, von Gesittung und Verrohung, eben durch die Arbeit, geführt haben. Allein dem eigenen Willen entspringende Selbstverständlichkeit eines hybriden Rausches am technischen Fortschritt hat ihren Höhepunkt in selbsterstörerischer Bedürfniserweckungen gefunden. Arbeit schlechthin macht den Menschen nicht gut; Tolstoi spricht vom Gegenteil, daß die Arbeit und der Stolz auf sie nämlich nicht nur die Ameisen, sondern auch die Menschen grausam mache.

Utopische menschliche Selbstgewißheit

Wie wenig vom Menschen Zuverlässiges zu wissen, man auch immer meinen kann, allgemein gültig und unverrückbar ist die Tatsache, daß seine weltliche Existenz unabänderlich begrenzt ist. Zu was anderem kann es aber führen als zu dem immer neuen Staunen und Nachdenken über den Sinn seiner weltlichen Existenz? Deutung des irdischen Menschseins vermöchte dann allein der Glaube an seine „Gott-Ständigkeit“ zu bieten, was seine „Selbst-Ständigkeit“ unvermeidbar ausschließt und die Selbstverständlichkeit des menschlichen Willens negieren heißt. Damit verbleibt ihm nur eine relative Freiheit bei den sich unentwegt stellenden Entscheidungen, wie er als Mensch leben und was er tun, also auch, ob und wie er seine Erfüllung in der Arbeit sehen will. Absolute Freiheit ist nur das Wesen Gottes (Brunner), und es hat in der Menschheitsgeschichte lange Perioden gegeben, in denen die Vorstellung von seiner Gott-Ständigkeit die Seinsdeutung und Daseinsgestaltung in glücklichster Weise beherrscht hat.

Ein für jedermann ergreifbares Leitseil, daß die menschliche Selbstgewißheit in der Lebensbewältigung befriedigt, muß eine Synthese der philosophisch-naturwissenschaftlichen Denkweise und des theologischen Motivs sein. Wie schwer es ist, zeigt ein Bekenntnis, das auf dem Philosophenkongreß 1957 mit einer Gegenüberstellung der in Betracht kommenden Standpunkte abgelegt worden ist, nämlich daß der Mensch als Ebenbild Gottes tatsächlich das Ziel der gesamten Schöpfung sei, ebenso gut aber eine Krankheit der Erde, ja ein bloßer unwahrscheinlicher Zufall sein könnte oder vielleicht ein einzigartiges Dasein darstelle, in welchem sich alles von Natur aus Seiende lichte, er womöglich nichts anderes als ein Rätsel sei, weil er weder bruchlos in der Welt aufgeht, noch einen überweltlichen Ursprung hat (Löwith).

Macht man sich die Auffassung zu eigen, daß der Mensch ein geistiges Wesen ist, daß der Natur als nicht welthaftes Sein gegenübersteht, so kann die Arbeit eben nur ein, wenn auch bedeutsamer Teil seines Wesens sein. In seinem „Doktor Schiwago“ läßt Pasternak aussprechen, daß der Mensch aus zwei Teilen bestehe: aus Gott und der Arbeit. Dann wäre also ein auf Kosten der Gesellschaft allein der Meditation gewidmetes Leben genau so unberechtigt und wertlos wie eines, das ausschließlich auf die Schaffung materieller Werte gerichtet ist. Es bedeutet kein unbedingt höherer sittlicher Grad einer Gesellschaft, welche die Menschen, die den Lebenszweck mit einem geringeren Aufwand von Arbeit erfüllbar meinen, gesteigerter Genußsucht und überspitzter Bedürfnisbefriedigung wegen zu vermehrter Arbeitsleistung zwingt. Das ist letztlich der Fluch der Kolonialären, in der die betroffenen Völker das Unglück hatten, auf Bodenschätzen zu sitzen, deren Ausbeutung am besten unter Verwendung der einheimischen Arbeitskräfte erfolgte. Für höheres sittliches Empfinden kann im Gegenteil sprechen, wenn eine Entwicklung der Technik abgelehnt wird, die, ob-

wohl als Erfolg zielstrebigere wissenschaftlicher Arbeit der Aufrechterhaltung oder Verbesserung des allgemeinen Zivilisationsniveaus dienend, mit einer auf der Überzeugung vom nichtwelthaften Sein des Menschen gegründeten Auffassung unvereinbar ist.

Weltlicher Zwang

Immer bleibt der Mensch Teil der Welt und hängt in ihr von den durch ihn selbst geschaffenen Umständen und Bedingungen ab. Weltliche Korrekturen einer nichtwelthaften Lebensidee und umgekehrt sind in jedem Fall unerlässlich.

Art und Weise dieser Korrekturen sind für die europäische Welt andere als für die amerikanische oder asiatische. Folgt der Europäer als innerem Anruf dem Gesetz und der Pflicht, so sind beim Asiaten die Impulse weit mehr Willkür und Laune, beim Amerikaner eine utilitaristische Grundhaltung mit dem größtmöglichen Glück durch die größtmögliche Zahl.

In asiatischen Ländern mit oft lebensfeindlichem Klima gibt es hohe Bevölkerungsdichten. Eine Abwertung des einzelnen Lebens ist die Folge und höchstes religiöses Glaubensziel ist hier der Wunsch, im anonymen Allgemeinen aufzugehen.

Die Erschließung Nordamerikas beginnt mit der Einwanderung der Europäer zu einer Zeit, in der die Technik für die bei der Bezwingung des Landes zu leistenden Pionierarbeiten schon in großem Ausmaß nutzbar war. Die Größe der zu bewältigenden Aufgaben führte zwangsläufig zu gesteigerter Anwendung stürmisch verbesserter Techniken. Diese stand also am Anfang und der Zwang zur materiellen Sicherung und Verbesserung des Lebens beherrschte die Menschen so sehr, daß sie kaum Muße und Neigung zu Reflexionen über die geistige Standortbesinnung hatten. Im Wesen aller Pionierarbeit liegt heute wie gestern der Anreiz, sich fürs Denken und Handeln zum Kollektiv, zum Team zusammenzuschließen. Die Entwicklung zur Individualität kommt hinterher, wobei ein Zusammenprall „konformistischer“ und „nonkonformistischer“ Lebenspraxis unausbleiblich ist, wie wir es heute in der Tat beobachten.

Anders wieder in Europa. Hier sind in jahrhundertlangem Bestreben alle Voraussetzungen entstanden, die ein von den Naturgewalten unabhängigeres Leben erfordert. Schon früh konnte drängenden Bedürfnissen entsprochen werden, zu einem vom Magischen, Mystischen, Symbolischen befreiten und auf objektives Erkennen gerichteten Denken zu gelangen, was mit der Pflege der Individualität so unausweichlich verknüpft war, daß schließlich in ihr die formenden und kulturellen Kräfte Europas wurzelten. Viel später, erst in neuester Zeit, kam es zur industriellen Revolution und zu der mit Hilfe fortschreitender Technik ermöglichten Massenproduktion und deren sozialen Begleiterscheinungen.

Die Welt ist inzwischen zu klein geworden, um in Zukunft noch eine auf nationalpolitischen oder gesellschaftsideologischen Maximen beruhende Erziehung des Menschen betreiben zu können. Das ist leider keineswegs neu, und es ist beklemmend, an die Versäumnisse unseres Jahrhunderts zu denken, weshalb hier daran erinnert sei, was 1893 gelegentlich der Eröffnung der Tagung der „Deutschen Naturforscher und Ärzte“ von W. His ausgesprochen worden ist:

„Fort und fort häuft die Menschheit ihren Schatz an Kenntnissen und Fertigkeiten jeglicher Art, dabei wächst, wenn auch mit stoßweiser Unterbrechung, die Tiefe menschlicher Einsicht in den Lauf der Natur, in das eigene Wesen und in den Gang der Geschichte. Im Anwachsen begriffen ist aber auch, allen Störungen zum Trotz, die Macht der Überzeugung, daß das geistige Leben der Menschheit zu seiner stetigen Fortbildung eines harmonischen Ineinandergreifens der wirksamen Kräfte bedarf, daß es mit anderen Worten auf allgemeinen sittlichen Grundlagen sich aufzubauen hat, und daß einem jeden Einzelnen an seiner Stelle bestimmte Aufgaben der Gesamtheit gegenüber gesetzt sind. Von der Steigerung oder vom Niedergang dieser Überzeugung einer notwendigen Solidarität menschlichen Strebens hängt es ab, ob die Welt

unserer geistigen Bewegung stetig fortzuschreiten vermag oder ob sie dem Gesetz der Periodizität verfallen, und ob die im schweren Kampf der Vorfahren errungene menschliche Gesittung wiederum der Barbarei Platz machen muß.“

III.

Als Worte werden Erziehung, Wissen und Bildung nach wie vor für- und durcheinander gebraucht, und sie haben als Begriffe Gemeinsames. Das Gemeinsame liegt im Ergebnis, in dem, was sich zuletzt im Menschen beschlossen dartut, nicht darin, wie es dazu kommt. Zur Einheit in praktisch bedeutsamem Sinn werden sie, wenn es als Ausdruck des personalen Geistes zur überindividuellen Wirkung gelangt. Es gibt hier keine Rangordnung, weil jeder Begriff einen eigenen absoluten Rang besitzt. Auf den individuell-menschlichen Bezirk übertragen, ergibt sich eine Ähnlichkeit mit der Vorstellung von der Zivilisationsentwicklung, wo zuerst die Bewußtseinsaufhellung ist, dann die Entwicklung der Denkformen und der geistigen Objektwelt und schließlich der Niederschlag der denkerischen Bewältigung des Daseins in der äußeren Zivilisation und den Zivilisationsinstrumentationen (A. Weber).

Erziehung überwindet den triebhaften Zustand; als Ergebnis führt sie zur Charakterbildung, dem Schutzschild vor sich selbst. Mit dem Charakter bildet sich das Gefühl für Sittlichkeit, was Bereitschaft zur Unterordnung und zum Dienen bedeutet und schließlich zur fortschreitenden Verfeinerung des Pflichtbewußtseins führt.

Wissen läßt unterscheiden zwischen irrationalen Wertungen oder emotionalen Intuitionen und objektiv richtigen Erkenntnissen und Handlungen. Der durch Wissen geschärfte Verstand gewährt einen besseren Überblick über die Möglichkeiten zum Handeln, so daß Folgen und Fehler richtiger eingeschätzt werden können und mehr Sinn für die Proportionen der Dinge und Ereignisse besteht.

Bildung verschafft die Einsicht und die Kraft, zum Verstand die Vernunft hinzuzufügen, um die Harmonie der Schöpfung respektieren und ermöglichen zu können, mit der Unterwerfung der Natur moralisch Schritt zu halten. Bildung bedarf als ihrer Fundamente der Erziehung und des Wissens.

Familien- und Heimerziehung

Formal bildet jede Erziehung zur gesellschaftlichen Normalität heran, was aber nicht Erziehung zur Norm bedeutet, weil normativ nur ihr Leitbild ist als Funktion der wirksamen Gesellschaftsordnung. So genommen, ist das Leben eine einzige Erziehung, weil jeder zeitlebens veranlaßt ist, auf Zwang von außen in einer seiner Selbstgewißheit keineswegs immer entsprechenden Weise zu reagieren. Es ist schon sehr viel, wenn es auf Gewöhnung an Rücksichtnahme auf Grundlage der Gegenseitigkeit heraus kommt. In der Regel besteht nur eine relative Freiheit zum Entschluß. Mit der notwendigen Einpflanzung dieser Erkenntnis entsteht die Problematik der Erziehung.

Erziehung im engeren und üblichen Sinn ist Erzwingung der Unterwerfung unter einen fremden Willen, wie es in der Kindheit und in den Lehrjahren etwa bis um 18. Lebensjahr geschieht. Es ist die Lebensperiode, wo die Familie am wirkungsvollsten ist, und zwar dann besonders ausgeprägt, wenn Gehorsamkeit als Ausfluß einer differenzierten und selbstverständlich empfundenen Respektstellung den Eltern oder Erziehungsberechtigten gegenüber existiert und solange die Familie zugleich Lebens- und Arbeitsgemeinschaft ist. Die moderne Trennung vom Wohn- und Arbeitsplatz bei den Industriearbeitern, den Angestellten und auch bei den Intellektuellen hat die Familie zur bloßen Wohngemeinschaft werden lassen. Die Kinder haben zwar Eltern, aber kein zu Hause, weil das Familienleben in so gelockerter, ja unverbindlicher Form vor sich geht, daß zu viele von ihnen, ein Erwachsenendasein zu leben, gezwungen sind.

Jede Erziehung gibt unlösbare Probleme auf, wenn die Umwelt als anormal empfunden wird. Das ist der Fall, sobald das Kind, dessen früheste Umwelt die ihn umgebenden Menschen bilden, merkt, daß

das Leben der Eltern und Erzieher keine harmonische Sein-Umwelt-Beziehung widerspiegelt. Es empfindet, daß es der elterlichen Lebensführung an Sicherheit fehlt, die nur zustande kommt, wenn das Leben als erfüllt tätiges Dasein gemeistert wird. Statt dessen fühlen sie, wie der Tag mit seiner Lust und seiner Angst hingenommen wird, meist in stetem Wettlauf mit der Kapitulation vor immer neuen Bedürfniserweckungen, die schließlich die eigene Substanz und Kraft weit übersteigen. Die Hinwendung zur egoistischen, nach außen gerichteten Lebenstendenz läßt in der Familie nicht die für die Erziehung notwendige Kontaktwärme entstehen, was das Kind als anormal empfindet. Ob sich das aus staatlicher Regelung ergibt, wo der Zwang zur außerhäuslichen Arbeit für die Mütter aus der Gleichberechtigung der Geschlechter hergeleitet wird, oder eigenem Erwerbstrieb zur Sicherung eines materiell besseren Lebens entspringt, bleibt sich im Effekt gleich. Etwa jedes vierte bis fünfte Kind dürfte heute eine Mutter haben, die vollberuflich außerhalb des Hauses beschäftigt ist. Die normalisierende Lenkung des kindlichen Trieblebens, die sonst im Schoße der Familie in einer für das Kind stetigen Unbewußtheit vor sich gehen würde, muß so zufällig und unstetig werden.

Wo die Eltern das selbst empfinden, wird der Ausweg die Heimerziehung erwogen. Jede Art von Heimerziehung, auch die in den Kindergärten, erzielt gut eingedrillte Triebkorrekturen, entbehrt aber der innerlich überzeugenden Fundamentierung, so daß sie ignoriert werden, sobald es später unbequem ist. In den früheren Militärwaisenhäusern, Unteroffiziersschulen, Kadettenanstalten u. ä. Institutionen, auch heute noch in den Internaten, wird das kindliche Triebleben zweifellos gut gezügelt, wird — richtiger ausgedrückt — zielstrebig manipuliert. Nicht selten werden die für ein solches kollektives Erziehungsmilieu eigentümlichen, aus menschlichen Niederträchtigkeiten herrührenden Regungen zu den letztlich charakterbildenden Einflüssen. Ein solches Kind hat seine Jugend nicht gelebt; die Jugend ist vom Kollektiv gelebt worden. Dies ist allemal eine erfolgsträchtige Vorbereitung für das Leben in einer Gesellschaftsform, die eine möglichst willenlose Ein- und Unterordnung ihrer Glieder erwartet.

Anderer Erzieher wiederum meinen, nicht das Recht zu haben, gegen den Willen der Kinder in deren Leben durch Erziehung einzudringen, weil sonst seelische Traumen zu einer Verbiegung des menschlichen Charakters mit unheilvollen Folgen für den einzelnen und die Gesellschaft führen könnten. Schwerwiegend ist bei einer solchen Einstellung, daß versäumt wird, den Sinn für sittliches Verhalten im Kinde zu wecken, was unabdingbar ist, um später Selbstdisziplin und Gemeinschaftssinn, Ehrlichkeit und Gerechtigkeit und als letztes und höchstes Respekt vor der Menschenwürde beweisen zu können.

Würde die Empfindung für sittliches Verhalten im Kinde nicht gelegt, so ist ihm ein Leitseil vorenthalten worden, das die gesamte Lebensorientierung von Anfang an erleichtert. Daraus erwächst allmählich die Widerstandskraft gegen die Versuchung, ein Spielball von Zeitgeistströmungen zu werden, für demagogische Verführung anfällig zu sein und das Leben auf Genuß und Verbrauch abzustellen. Fehlt diese Immunität, so ist der Rückfall in geistige Unmündigkeit unvermeidlich.

Die Familie ist immer, mit freilich zeitabhängiger, unterschiedlicher Hochschätzung, als natürliche Zelle aller Gesellschaftsformen der Menschen gewertet worden. Mitunter sieht sie als Ursprung möglichst zahlreicher Untertanen sich besonders umsorgt, wenn etwa aus politischem oder wirtschaftlichem Machtstreben an wachsender Bevölkerungszahl, also mehr an der Quantität als der Qualität, Interesse besteht. Stets wird sie als Faktor im Wirtschaftsleben, und zwar sowohl als Produktions- als auch als Konsumationselement in Rechnung gestellt. Die Selbstsicherheit der Familie kann sich im Einklang mit der jeweiligen gesellschaftlichen Ideologie befinden, zu ihr aber auch im betonten Gegensatz stehen und somit in der Gestaltung ihres Lebens sich weitgehend frei oder als Objekt konsequenter Eingriffe von außen fühlen. Je stärker die Familie nach Subsidien durch die Gesellschaft ruft, um so eher und mehr muß sie sich deren Wünschen fügen.

Kindergeld oder Mütterlohn?

Die „Union Internationale des Organismes Familiaux“ hatte 1958 ihren Kongreß unter das Generalthema „Wiederentdeckung der Familie durch die heutige Welt – Familie und Gesellschaft in wechselseitiger Verantwortung“ gestellt. Hier sind einmal mehr alle Äußerlichkeiten zur Sprache gekommen, die in Ordnung sein müssen, wenn die Familie eine gesunde Sozialwelt darstellen soll. So muß der Ort gesichert sein, an dem sie sich etablieren kann, was Bereitstellung ausreichender Wohnungen heißt. Das aktuelle Freizeitproblem ist wesentlich ein Wohnungsproblem. Die Gesellschaft ist sich dieser Pflicht bewußt geworden; ihrer Erfolge beim sozialen Wohnungsbau kann sie sich rühmen. Dann geht es um gesicherte Einkommensverhältnisse, die nur bei geordneten Arbeitsverhältnissen erreichbar sind. Die Entwicklung des Wohlfahrtsstaates macht deutlich, welche Anstrengungen in dieser Richtung gemacht werden. Alles das und manches andere fördert die Familienexistenz und begünstigt den Familiensinn, was aber erst tragfähig bleibt, wenn die seelische Verwurzelung stark genug ist. Die Durchsicht der Lebensläufe erfolgreicher Menschen, deren Weg ganz unten begonnen hat, zeigt, daß es wohl sich um kleine, aber eben um geordnete Verhältnisse gehandelt hat, denen sie entstammen.

Wer ist der Garant für geordnete Familienverhältnisse? Im Hinblick auf die Erziehung der Kinder bis in die Schul- und Lehrzeit hinein ganz zweifellos die Mutter. Auch heute erweist sich das Familienleben in der Regel geordnet, wo die Mutter entweder ausschließlich sich auf die Familie konzentrieren oder ihre Berufspflichten im Rahmen der Familie erfüllen kann. Es wäre Anreiz zu schaffen, den Familienmüttern außerhäusliche Berufspflichten uninteressanter zu machen. Das führt auf die bekannten Erwägungen um den Familienlohn, dessen Kehrseite die mit ihm verbundene und nicht ohne weiteres gutzuheißende Durchlöcherung des Leistungslohnes ist. Es sollte erwogen werden, die Zuschüsse, die der Familie über das Kindergeld und über andere, wie den generellen Schulgelderlaß, zufließen, in eine Entschädigung an die Mütter als Ausgleich für freiwilligen Verzicht auf eigenen Arbeitslohn umzuwandeln. Das wäre auf den Zeitpunkt zu befristen, wo das letzte Kind die Schule verläßt, und der Höhe nach so zu bemessen, wie es dem Arbeitslohnverzicht entspricht. Weitere Kinder- bzw. Erziehungsbeihilfen müßten an das Auslaufen dieser Mütterentschädigung gebunden und sinnvoll darin eingebaut sein.

Wenn durchschlagender als bisher erreicht werden würde, daß die Mutter bei ihrem Kinde zu Hause bliebe, so wäre die entscheidende Voraussetzung für die Entstehung eines harmonischen Erziehungsmilieus in denkbar bester Weise geschaffen. Die für die Mutter sich ergebende Unterbrechung des Berufslebens könnte zwar in mancher Hinsicht nachteilig, im Grunde aber weder für sie noch für den Arbeitsmarkt unüberwindlich sein. Ungeteilte Hingabe entweder an die Familie oder, wo diese es nicht mehr bedarf, an den Beruf, dürfte zu zufriedeneren und, weil weniger gehetzten, sogar leistungsfähigeren Menschen führen.

IV.

Die Schule leistet mehr, je besser erzogene Schulanfänger zu ihr kommen und je bruchloser die ersten Schuljahre der kindlichen leibseelischen Organisation angepaßt sind. Da die Erziehung der Kinder vor der Schulzeit letztlich darin gipfelte, ihnen die Anpassungsnotwendigkeit an die Umgebung und an andere Menschen anzugewöhnen, sollte die Grundschule folgerichtig keine Lern-, sondern eine Lebensschule sein mit dem erklärten Ziel, bei den Kindern die Bereitwilligkeit zur Einpassung in die Gesellschaft und zur Respektierung der ihren Zusammenhang regelnden Gesetze zu untermauern.

Die Schulen

Die allgemein für alle Kinder verbindliche und auf koedukativer Grundlage gestaltete *Grundschule* soll nicht länger als 4 Jahre dauern, wobei die drei ersten Jahre bezüglich der Pensenbemessung am besten als Einheit aufzufassen sind, so daß die übliche Versetzung erstmals

von der 3. zur 4. Klasse erfolgt. Es könnte dann auf die mancherorts übliche Aufnahmeprüfung beim Übergang in die wissenschaftliche Oberschule verzichtet werden. Die Schulpflicht braucht neun Jahre nicht zu überschreiten, weil die demgegenüber befürwortete generelle Ausdehnung auf 10 Jahre problematisch ist. Zwischen dem 14. und 15. Lebensjahr setzt erfahrungsgemäß sehr stark der Drang gerade der manuell Begabten ein, die Schule verlassen zu wollen. Eine Verlängerung der Schulzeit auf 10 Jahre würde bei diesen sehr zahlreichen Kindern eher verbildend wirken und auf eine Verschulung hinauslaufen, die den Anschluß an den erstrebten praktischen Beruf unnötig hinauszögert und vorhandene Begeisterung womöglich verkümmern läßt. Die Schulzeit überhaupt sollte nicht länger als 12 Jahre dauern.

Im Gegensatz zur Grundschule sollten sowohl die an sie anschließende *allgemeine Oberschule* mit ihrer 5. bis 9. Klasse als auch die von der Grundschule abzweigenden *wissenschaftlichen Oberschulen* ausgesprochene *Lernschulen* sein.

Wenn die Lernschule in Verruf gekommen ist, so weniger des Systems als seiner Handhabung wegen. Neben dem Wissen muß das Erkennen gelehrt werden, woran es früher oft gefehlt hat. Das bedeutet in den beiden letzten Klassen eine stärkere Heranführung der Schüler an das Quellenmaterial, damit sie Fundgruben kennen und benutzen lernen, um Wissenslücken selbständig auffüllen und Wissensneugierde befriedigen zu können.

Bei den Diskussionen um Tiefe und Breite des Wissens, das die Schule vermitteln soll, pflegen sich zwei im Grunde egoistische Anliegen herauszustellen. Die Gesellschaft möchte kein einziges der in seinem Schoß schlummernden Talente unerkannt und ungefordert sehen, vielmehr möglichst optimalen Nutzen aus jedem zukünftigen Bürger ziehen. Daher die Furcht, daß die Schulen den unterschiedlichen, individuellen Begabungen nicht mit der notwendigen Differenzierung entgegenkommen. Die Gesellschaft traut den natürlichen Behauptungs- und Auslesekräften nicht und will sich lieber auf gesteuerte Lenkung verlassen, obwohl zu allen Zeiten bedeutende Menschen in Dorfschulen angefangen haben. Auf den Eltern selbst lastet als schwere Hypothek der Glaube an die besonderen Fähigkeiten gerade ihrer Kinder, was der Einsicht im Wege steht, daß eine noch so breite Differenzierung der Stoffdarbietung in der Schule über das Anlagebedingte hinaus nichts Beliebiges erreichen kann, wie eben kein Hund lesen lernt, auch wenn er noch so viele Zeitungen fressen würde.

Über das Mischungsverhältnis der verschiedenen Begabungen bei der heutigen westdeutschen Jugend gibt die folgende Aussage einen gewissen Anhalt (Huth):

schwachsinnig bzw. asozial	3 %
geeignet für Einarbeitungsberufe	30 %
geeignet für Spezialarbeiter	27 %
geeignet für Facharbeiter	25 %
geeignet für Fachschulbesuch	10 %
geeignet zum Hochschulstudium	5 %

Bei Beendigung der *neunjährigen Schulzeit* sollte das Wissen eines normal entwickelten Kindes etwa umfassen:

Beherrschung der deutschen Sprache,
Kenntnis der Rechenoperationen bis zum Logarithmieren,
Englisch im Ausmaß der täglichen Umgangssprache,
Grundkenntnisse über die Gestalt, Zusammensetzung und Funktionen der unbelebten Umwelt,
Staatsbewußtsein als Frucht entsprechender Verarbeitung der Geschichte der Neuzeit.

Dieses Ziel erreichen, heißt zu verzichten auf Spezialexperimente, wie Einführungen in journalistische, juristische oder politische Fragen usw. und auch auf eine „polytechnische“ Erweiterung des Unterrichts; es bedeutet auch, zwischen Haupt- und Nebenfächern wieder strenger zu unterscheiden und diese als Entspannungsfächer zu betreiben.

Wenn die Grundschule 4 Jahre, mit Beginn des Englischunterrichts im letzten Jahr, umfaßt und damit der Übergang zur wissenschaftlichen

Oberschule im 5. Schuljahr erfolgt, besteht die Gewähr, daß sich alle Kinder zu erkennen gegeben haben, die ihre Meisterung erwarten lassen. Der Übergang zur wissenschaftlichen Oberschule sollte großzügig vor sich gehen, weil Versager im 5. Oberschuljahr ohne Schwierigkeiten in die 6. Klasse der allgemeinen Oberschule eingeschleust werden könnten.

Eine Erschwerung der Gesamtsituation ist die zu weit getriebene Aufteilung der wissenschaftlichen Oberschulen. Es müßte mit 2 Arten auskommen sein, nämlich der sprachwissenschaftlichen (mit Griechisch, Latein, Französisch, Englisch) und der mathematisch-naturwissenschaftlichen (mit Latein, Englisch). Latein wäre aber in beiden Zweigen Pflichtfach; der Unterricht im Englischen ist von vornherein so zu gestalten, daß es als Alltags-Umgangssprache beherrscht wird.

Ist das Abiturium in der gegenwärtigen Form beizubehalten? Es kann nicht bestritten werden, daß seine Wertbemessung als Reifezeugnis den daran zu knüpfenden Erwartungen allzuoft nicht entspricht, wie ebensowenig übersehen werden sollte, daß es zu einem aus Vornehmheitskomplexen der Eltern herrührenden ausgesprochenen Berechtigungsunwesen geführt hat. Die erfolgreiche Absolvierung der wissenschaftlichen Oberschule brauchte nur durch ein ohne Examen erteiltes Abschlußzeugnis ausgewiesen werden. Lehrern und Schülern würde das Arbeit und Mißvergnügen ersparen. Wie wenig dem Reifezeugnis als allgemein akzeptablem Wissensausweis zugetraut wird, zeigen die aufgekommene Eignungsprüfungen, an deren Bestehen der Zutritt zu bestimmten Berufen immer verbreiteter gebunden ist. Sie haben den Wert, daß berufliche Fehlentwicklungen leichter ausgeschaltet werden können. Folgerichtig wäre die Immatrikulation an der Hochschule an eine Aufnahmeprüfung vor der gewählten Fakultät zu binden.

Der Lehrer

Schulen sind so gut wie ihre Lehrer. Angesichts der Verantwortung, die die Lehrer haben, wie die Erwachsenen von morgen ihre Umwelt aufnehmen, auf sie reagieren und sie gestalten, fragt sich, ob genug getan wird, diesen Beruf besten Kräften anziehend genug erscheinen zu lassen. Sind die Besoldungsverhältnisse so, daß Menschen mit pädagogischen Neigungen und Fähigkeiten Lehrer werden, wenn sie zudem Eignung verspüren, sich in anderen Berufen wirtschaftlich aussichtsreicher zu entwickeln? Eine fühlbare Verbesserung der Lehrergehälter erscheint als unabdingbare Konzession an unsere materiell orientierte Zeit. Die Bemessung der Gehälter bei den Lehrern an Grundschulen und an den allgemeinen bzw. wissenschaftlichen Oberschulen sollte zu große Unterschiede vermeiden. Die angesichts der unterschiedlichen Pflichtenkreise notwendige Differenzierung der Leistungsbewertung sollte über die wöchentliche Pflichtstundenzahl erfolgen mit einem Maximum von überhaupt 18 Stunden an den wissenschaftlichen Oberschulen. Durch vermehrte Aufstiegsmöglichkeiten in günstiger dotierte Gruppen- und Seminarleiterstellen würde einem nun einmal in Rechnung zu setzenden menschlichen Vorwärtstreben zum Vorteil der Schule entgegenkommen.

Obwohl das Sich-einstellen-müssen auf immer wieder neue Gesichter und auf wechselnde Unterrichtspensen die Lehrer vor Erstarrung schützt, führt die unumgängliche Wiederkehr des Gleichen zu einem allmählichen Versinken in mehr und mehr monotone Unterrichtsschemata, was zuletzt jeglichen Berufsenthusiasmus und alle Ideale tötet. Reisegelegenheiten zu pädagogischen und wissenschaftlichen Fortbildungsveranstaltungen (nicht nur kurzen Tagungen), ins Ausland (auch von längerer Dauer) u. ä. berufsförderliche Vergünstigungen sollten gerade älteren Lehrern zwischen 40 und 50 Jahren und darüber in viel großzügiger Weise angeboten werden.

Es bedarf noch einiger Anstrengungen, unsere Schulhäuser modernen Ansprüchen anzupassen. Das dürfte im ganzen ruhig nach spartanischen Grundsätzen erfolgen, weil das Leistungsniveau der Schule von den an ihr wirkenden Lehrern und nicht vom Schulgebäude und seiner Fassade bestimmt wird. Die Fürsorge für den Lehrer ist wichtiger als eine Umsorgung des Schulkindes, die ihm jede Begegnung mit der Härte ersparen will. Es führt das zu leicht zu Menschen, denen, bar jeder Ehr-

furcht vor der Autorität, angewöhnt worden ist, Rechte zu fordern, Pflichten gegenüber zurückhaltender zu sein. Was den Lehrern als Personen und als Berufsstand heute an Förderung zugute kommt, wird die Gesellschaft von Morgen mit Zinseszins zurückerhalten.

V.

Bildung im moralischen wie im berufsbereitenden Sinne ist immer die Summe aus Anlage, Erziehung und Wissen.

Sofern die Oberschulen Stätten erfolgreichen Lehrens und Lernens sind, entlassen sie Menschen, in denen der Wille zum Gebildetsein als Voraussetzung eines sittlich-erfüllten Lebens zwar unterschiedlich tiefgehend, aber immerhin vorgeformt ist. Dieser vorgeformte Wille muß zur Richtschnur allen Handelns werden, wenn sich der Staat auf Bürger stützen will, die eine vom Willen aller getragene, freie Gesellschaft freier Menschen in der Weise existent erhalten können, daß in der Freiheit das Gebot und die Pflicht zur Gerechtigkeit als Praemissen für Respektierung der Menschenwürde selbstverständlich sind.

Berufsbildende Schulen und Hochschulen

Die moderne Gesellschaft bildet ihre Fachleute auf Berufsschulen, Fachschulen verschiedenster Spielarten, auf Technischen und sonstigen Hochschulen und auf den Universitäten aus. Zumindest von den Hochschulen wird von jeher erwartet, daß sie zum Fachwissen eine umfassende Allgemeinbildung vermitteln. Der wachsende Bedarf an Akademikern hat zeitweilig schon sehr ausgeprägt dazu geführt, in der Hochschule in erster Linie die Fachakademie zu sehen.

Worauf anders deuten übrigens gewisse Anzeichen bei den Hochschul-Lehrern hin, ihr Schwergewicht von der Berufung zum akademischen Lehrer mehr auf das eines Produzenten verwertbarer Richtigkeiten zu verlagern? Dem Ansehen des Hochschulprofessors in der Öffentlichkeit ist das abträglich; sie ist nicht mehr so vorbehaltlos geneigt, beim Professor die allgemeine Bildungsverantwortung vorzusetzen, auf die sie zählen können muß, wenn sie ihn über den Fachexperten hinaus als Ratgeber und Mentor für die Fragen akzeptieren soll, die von der Wissenschaft, Wirtschaft und Technik als generelle Probleme des individuellen und gesellschaftlichen Lebens aufgeworfen werden.

Im Statut für die Universität Bern von 1834 heißt es, daß die Universität die wissenschaftliche Erkenntnis fördern und der Ausbildung der akademischen Berufe dienen solle, zwei Aufgaben, die im Dienste der Allgemeinheit zu erfüllen wären. Es müsse die grundlegende wissenschaftliche Bildung gepflegt und die Verbindung der Einzelwissenschaften in gemeinsamer Forschung und Erkenntnis gefördert werden.

Seither sind mehr als 100 Jahre vergangen, und es braucht nicht betont zu werden, daß dieses Leitbild, unbeschadet seiner in der Verallgemeinerung nicht richtigen Einengung auf die wissenschaftliche Bildung, von der man damals das überhaupt denkbar beste Gebildetsein erwartete, zwar nach wie vor den idealen Zustand ergibt, er aber heute in dieser umfassenden Erfüllung kaum noch verwirklicht werden kann. Wie allgemein die Zweifel geworden sind, ob die Hochschulen neben ihrem Charakter als hohe Fachakademien noch Raum und Zeit haben, als höchste Bildungsstätten zu wirken, scheint nichts deutlicher darzutun als die Mühe, die allenthalben an das „studium generale“ gewandt worden ist. Die darauf gesetzten Hoffnungen haben sich nicht erfüllt. Das mag teilweise an seiner Gestaltung gelegen haben, die meist als üblicher Fakultätsbetrieb organisiert worden ist und wohl auch daran, daß es an richtigen Dozenten fehlt. Ein Grundfehler scheint allerdings auch gewesen zu sein, daß es als Vorwegstudium dem Fachstudium vorgespannt worden ist. Es hat sich einmal mehr herausgestellt, daß Bildung auch nicht als Frucht einer ausgesprochenen Bildungsfakultät gepflückt werden kann; sie kann eben nur mit uns und aus dem Fachstudium erblühen.

Studium generale

Nicht im Vorlesungsbetrieb, sondern eher in ad hoc gebildeten Seminaren und Arbeitsgemeinschaften sollten sowohl allgemeingültige wie zeitakzentuierte Generalthemen, als da sind Freiheitsbegriffe, Bürgerpflichten, staatserhaltende und staatszerstörende menschliche Gesellschaftsformen, Kunst- und Literaturprobleme usw., diskutierend behandelt werden, vielleicht nach dem Vorbild der Arbeitsweise der evangelischen Akademien oder des Hochschulfunks. Ein sokratisches Verfahren also, das freilich den Sokrates voraussetzt, wenn es funktionieren soll. Es kommt auf Entstehung von Keimzellen an, aus denen der unvergängliche Anreiz erwächst, sich zeitlebens nach anderen Bildungsmöglichkeiten umzusehen, die von der Gesellschaft geboten werden. Neue studentische Gesellschaftsformen könnten auf diese Weise am ehesten entstehen. Als Leiter dieser Arbeitsgemeinschaften sind nicht die brillanten Fachleute, sondern vielmehr Persönlichkeiten prädestiniert, die sich durch ihre Lebensführung die Anwartschaft erworben haben, zur geistigen Elite des Volkes gerechnet zu werden, Persönlichkeiten, die das Leben mit seinem Trubel nicht mehr unbedingt selbst leben, dafür die Abgeklärtheit besitzen, es reflektierend wägen und mitteilen zu können. Sie brauchen nicht dem Lehrkörper der Hochschulen anzugehören, und mancher vom Frondienst früherer Pflichtenkreise Befreite könnte hier die Erfüllung des Lebensabends finden und damit den Glauben an den Sinn des Lebens und die Achtung seiner Mitmenschen sich erhalten, was für Lebensdauer und Gesundheit gerade der bedeutenden, alten Menschen entscheidend ist. Bei der Meldung zum Abschlußexamen wären Bescheinigungen über die Teilnahme an mindestens zwei solcher Arbeitsgemeinschaften oder Seminare von jeweils 6- bis 8-stündiger Dauer je Semester vorzulegen. Der Student hätte für die ganze Zeit des Fachstudiums den relativ kleinen Zeitaufwand von 15 bis 20 Stunden je Semester auf sich zu nehmen.

Das Brotstudium

Das charakteristische Merkmal unserer Hochschulen ist die in ihnen verwirklichte, sich durchdringende und gegenseitig befruchtende Verbindung des Unterrichts zum Zwecke der Ausbildung auf bestimmte Berufe und der im persönlichen Ermessen der Hochschullehrer liegenden Gewinnung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse, ist also die Doppelfunktion von Lehre und freier Forschung. Für lange Zeit hat es keine anderen Stätten gegeben, die sich der Förderung der Wissenschaft in vergleichbarer Weise angenommen hätten.

Erst zu Beginn unseres Jahrhunderts wurde es anders, als die Institute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, die jetzigen Max-Planck-Institute, ins Leben gerufen wurden und noch vorher Staat und Länder dazu übergegangen waren, Behörden und Ämter mit den bestimmten medizinischen, naturwissenschaftlichen und technischen Arbeitsrichtungen zu errichten, die in ihrer Bezeichnung zum Ausdruck kommen. Sie erarbeiteten die für wichtige legislative und exekutive Aufgaben benötigten wissenschaftlichen Grundlagen, was sich der Pflege einer von vornherein zweckgebundenen Wissenschaft annehmen heißt, der sich die Hochschulen weniger widmen konnten oder wollten. Dazu kam weiter, daß bei bestimmten Großindustrien nach und nach sehr großzügig ausgestattete Forschungseinrichtungen entstanden, die der vorausschauenden Weiterentwicklung und Erschließung neuer Produktionen dienen, also ebenfalls dirigierte Zweckforschung treiben. Diese staatlichen und industriellen Forschungsstätten sind recht attraktiv geworden, weil sie großzügig unterstütztes, wissenschaftliches Arbeiten ermöglichen und damit solche der Forschung geneigten Persönlichkeiten anziehen, denen ein Wirken an der Hochschule wegen der damit verbundenen Lehrtätigkeit weniger liegt. So ist es gekommen, daß die Forschung ihre besten Früchte außerhalb der Hochschulen reifen sieht, wozu sie durch den Krieg und die Nachkriegsverhältnisse bedingten Umstände begünstigend beigetragen haben.

Der Entschluß zum Studium entspringt Berufsaussichten, deren Verwirklichung an die Ablegung eines daran gebundenen Exams ge-

knüpft ist. Es werden mit der Wissensaneignung in erster-Linie rezeptive Absichten verfolgt. Nur ausnahmsweise bereitet das Studium darauf vor, die Lebensarbeit der wissenschaftlichen Forschung widmen zu können. Die Hochschulen müssen demzufolge zwei so grundverschiedenen und an so unterschiedlichen zeitlichen und finanziellen Aufwand gebundenen Zielsetzungen gerecht werden, daß sich die Frage stellt, ob angesichts der wachsenden Kostspieligkeit des modernen Wissenschaftsbetriebes die Aufrechterhaltung der Doppelfunktion, zu lehren und zu forschen, noch berechtigt, überhaupt noch tragbar erscheint.

Die Dokortitel

Weist das Abschlußexamen das erfolgreiche Brotstudium aus, so wird gelegentlich weitergehend beabsichtigt, durch die Doktorprüfung sich für die wissenschaftliche Forschungsarbeit zu qualifizieren. Wer das anstrebt und Material durch experimentelle Arbeiten gewinnen muß, hat heute erhebliche Opfer an Zeit und Geld zu bringen. Die Hochschulen müssen ihrerseits für die Doktoranden ausreichend ausgestattete Arbeitsplätze bereithalten, was große Investitionen auch bei den Personaletats voraussetzt. Der Gesamtaufwand erscheint nur richtig, wenn der Effekt der Erwartung entspricht, nämlich daß der Wissenschaft der notwendige Nachwuchs an Forschern auf diese Weise tatsächlich zugeführt wird.

Wie die Entwicklung gegangen ist, wird gerade dies in den meisten Fällen weder angestrebt noch erreicht. Sehr viel häufiger wird mit dem Dokortitel lediglich bezweckt, der Gesellschaft gegenüber sich als Akademiker auszuweisen. Dieses gesellschaftliche Motiv ist durch die mitunter großzügige Handhabung bei den Ehrendoktoraten noch bestimmender geworden.

Für die Öffentlichkeit ist Doktor noch immer gleich Doktor; die Eingeweihten freilich wissen wertende Unterschiede zu machen und tun das auch. Dem sollte der Boden durch ein gleichförmiges und gleiche Leistungen voraussetzenden Verfahren entzogen werden. Das würde möglich sein, wenn der Dokortitel in Zukunft generell und überall an die Anfertigung einer rein literarischen Arbeit gebunden würde, deren Abfassung nicht mehr als ein Semester beansprucht, an dessen Ende die Promotion erfolgt. Bei der mündlichen Doktorprüfung wird nicht mehr das Fachwissen examiniert, wie es beim Staatsexamen geschehen muß, sondern ermittelt, ob neben dem Berufsstudium wenigstens ein bildendes Gebiet aus einer anderen als der eigenen Fakultät so interessiert gepflegt worden ist, daß mehr als oberflächliches Orientiertsein nachgewiesen wird.

Damit würde allerdings das Doktorexamen als Ersatz für ein Staatsexamen nicht mehr in Betracht kommen. An sich wäre das kein Fehler, weil die Studiengänge heute ohnehin weniger üblich werden, die früher mit der Doktorpromotion abgeschlossen wurden. Sollte es aber beibehalten werden müssen, so wäre hierfür, wie ebenso für Fälle, wo die Doktorarbeit an eigene, mehrere Semester beanspruchende Studien gebunden ist, der „Doktor habil.“ als adäquate Titelbezeichnung sehr gut denkbar. Mit diesem Titel ist die Qualifikation zum wissenschaftlichen Forscher nachgewiesen im Unterschied zum einfachen Dokortitel, der nur mehr das erfolgreiche Bemühen dokumentiert, die Hochschule auch noch als allgemeine Bildungsstätte genutzt zu haben.

Lehr- und Forschungshochschulen

Eine Entwicklung, die am Ende auf zwei Hochschultypen führt, deren einem die lehrende Heranbildung für die Berufe mit akademischer Vorbildung obliegt und wo der andere zur Weiterentwicklung der Wissenschaft und der Technik sich der Grundlagenforschung annimmt, darf keinen rangmäßigen Unterschied zwischen beiden aufklaffen lassen. Die Forschungshochschulen dürfen keine Überuniversitäten sein. Beiden ist gleiches Ansehen und gleiche Würde zu erhalten.

Den Universitäten und, soweit ihnen die übrigen Hochschulen nach dem Charakter ihrer Verfassung gleichzustellen sind, auch diesen, bleibt

der Gesamtanspruch erhalten, die *universitas literarum* zu sein. Der Auftrag, den sie in Zukunft zu erfüllen haben, wird auf die Lehrverpflichtung reduziert, so daß sich insofern eine strukturelle Änderung ergibt, als der übliche Instituts- und Laboratoriumsbetrieb nur in dem für die jeweilige Berufsausbildung unentbehrlichen Umfang aufrecht erhalten wird. Jeder für die Forschungsarbeit benötigte Aufwand entfällt, was tragbar ist, wenn die Doktorprüfung reformiert wird.

Die zukünftigen Professoren der Universitäten und Hochschulen müssen ihren Beruf als den des Lehrers auffassen und erfüllen, also mehr als alles andere Pädagogen sein. Wo es fachlich tragbar ist, sollten sich die Lehrkörper mehr als bisher qualifizierten Angehörigen der Lehrerkollegien der wissenschaftlichen Oberschulen ergänzen; im übrigen sind die Forschungshochschulen die berufenen Pflanzstätten der künftigen Ordinarien.

Solche auf die Lehre beschränkten Universitäten und Hochschulen würden am ehesten in der Lage sein, einer auf die Dauer unumgänglichen Verlängerung der Studienzzeit entgegenzuwirken; vielleicht wäre in manchen Fällen sogar eine Verkürzung ohne Minderung des Wissens möglich. Wiederholt ist frühzeitiger Berufseintritt in die akademischen Berufe als wünschenswert bezeichnet worden, weil es aus biologischen Gründen der Aufnahmefähigkeit auch bei der Aneignung der eigentlichen Berufspraxis in sehr nützlicher Weise zugute käme, den Entschluß zu erwünschten Spezialausbildungen erleichterte, vielleicht sogar einer Herabsetzung des relativ hohen Heiratsalters entgegenkäme. Die Einführung fester Studienpläne mit der daran gebundenen verstärkten Arbeits- und Lerndisziplin bei den Studenten müßte als unweigerlich zu entrichtender Preis akzeptiert werden. Aber es ist schließlich nicht mehr so, daß in der Jugend freie Zeit vorweg genommen werden muß, weil sie die spätere Lebensarbeit nicht mehr bietet; die „Freizeitlere“ hat sich inzwischen für alle Altersklassen gestellt.

Für die Professoren würde manche Vorlesungsabhaltung entfallen, die heute aus der Forschungs- und der damit verbundenen Gutachtertätigkeit entsteht und von den Studenten als recht lästig empfunden wird, wie sehr das als Quelle für erwünschte Nebeneinnahmen geschätzt sein mag. Durch generelle Erhöhung der Professorenbezüge, etwa über die Kolleg- und Prüfungsgebühren, müßte ein vertretbarer Ausgleich möglich sein. Schließlich könnten die Lehraufträge an Hochschulfremde sparsamer vergeben werden, die einmal den Studenten oft nicht den erwarteten Nutzen bringen oder zum anderen, wenn sie ernsthaft ausgefüllt werden, eine kaum tragbare Beeinträchtigung der hauptberuflichen Tätigkeit außerhalb der Hochschule mit sich bringen.

Die Forschungshochschulen ohne den *universitas-literarum*-Charakter sind genau genommen hohe Fachakademien mit ganz bestimmter geisteswissenschaftlicher, medizinischer, biologischer oder technischer Zielsetzung, zu denen der einzige Weg über das mit Prädikat abgeschlossene Universitäts- bzw. Hochschulstudium führt. Sie geben dank ihrer großzügig zu gestaltenden Sachetats die Gelegenheit, sich in den modernen wissenschaftlichen Forschungsbetrieb einzufühlen, um nach mehrseinstufiger Arbeit mit einer eigenen Leistung hervortreten zu können, als deren äußeres Qualifikationssymbol der Dr. habil. verliehen wird. Den an den Forschungshochschulen Studierenden sollte für die Dauer von vier bis sechs Semestern ein Unterhaltszuschuß gewährt werden.

Der erfolgreiche Besuch dieser Hochschulen gibt die Anwartschaft auf Stellungen im Staat, in der Industrie und in der Wirtschaft, in denen schöpferisch-wissenschaftliches Arbeitenkönnen vorausgesetzt wird.

Für den inneren Aufbau der Forschungshochschulen können genügend Erfahrungen nutzbar gemacht werden, die in den vorhandenen staatlichen Forschungsinstituten oder in den einschlägigen Einrichtungen wissenschaftlicher Gesellschaften seit langem gesammelt worden sind. Für sie ist nicht die Rektoratsverfassung, eher die Kuratorialverfassung richtig. Die Personaletats müssen eine dem Aufgabenkreis der einzelnen Forschungshochschule angepaßte Zahl von Lebensstellungen bieten, und zwar als einander gleichgestellte Direktor-Professoren, denen die benötigten Assistenzprofessoren als fest angestellte Mitarbeiter beigegeben sind. Es gibt keinen Lehrbetrieb und sollte keine Personalunionen zwischen Stellungen an der Universität und an der Forschungshochschule geben. Die Forschungshochschulen dürfen und müssen als Gutachterstellen funktionieren und können durch begrenzte, auf ihren Aufgabenkreis zugeschnittene und höchstes Niveau wahrende Kurse für die Weiterentwicklung der einschlägigen Fachleute tätig sein.

VI.

Was ich gesagt habe, ist nicht programmatisch gemeint; ebensowenig ist es eine Kritik an den bekanntgewordenen Reformplänen für unser Erziehungs- und Ausbildungswesen.

Ein aus persönlicher Passion inspirierter *tour d'horizon* sollte es werden, der aus dem Überdenken des eigenen Erziehungserlebnisses und des beruflichen Ausbildungsganges konzipiert worden ist mit der erklärten Absicht, einen Beitrag zur Förderung der menschlichen Bildung schlechthin zu leisten, weil die Menschheit in Zukunft sittliche Fortschritte nur erzielen wird, wenn die gebildeten Menschen in allen ihren Gesellungsformen zahlreicher werden.

Mit der Bildung ist es ähnlich der Einfahrt in einen großstädtischen Vorbahnhof mit seinem Gleisgewirr und seinen zahllosen Weichen, die richtig gestellt sein müssen, wenn der Zug in den Bestimmungsperron einlaufen soll.

Durch Erziehung und Wissen ist Bildung allein nicht zu erreichen; zum Strukturellen tritt das Kausale und das Konditionale. Ein Unternehmen, das auf diese Synthese wirksamen Katalysatoren vor Augen führen will, ist in Gefahr, Gemeinplätze abzugrasen, was andererseits sogar notwendig wird, wenn die vorgestellte Art von Materialsammlung tatsächlich herauskommen soll. Einiges glaube ich zusammengebracht zu haben. Wenn dabei die besondere Bedeutung der Familie und der Lehrer einmal mehr betont worden ist, so war das beabsichtigt.

Anmerkung:

Dr. Walther Liese, geb. 1899 in Friedberg (Hessen). Nach naturwissenschaftlichen Studien und Ausbildung an den Hygiene-Instituten der Universitäten Berlin und Kiel und Einberufung in das damalige Reichsgesundheitsamt seit 1927 Tätigkeit im wissenschaftlichen Dienst der Gesundheitsverwaltung, z. Zt. als Vizepräsident des Bundesgesundheitsamtes und I. Direktor und Professor des Instituts für Wasser-, Boden- und Lufthygiene in Berlin-Dahlem. Lehrtätigkeit an der Technischen Universität Berlin-Charlottenburg.